

schen zu tun haben, auch eine andere seelische Wirklichkeit, ein anderer Widerstand: Verzweiflung an der Kirche, ärgerliche Erfahrungen mit dem Klerus, mit christlichen Nachbarn, persönliches Scheitern, das nicht die Umkehr zur Beichte gefunden hat und nun auf der Flucht ist in die Gefangenschaft der Verführungen und Laster. Es begegnet ihnen eine Besessenheit nach der alltäglichen, aber nicht weniger gefährlichen Weise, wenn die Menschen den mancherlei götzdienerischen Süchten oder Idolen dieses Lebens erlegen sind. Wer mit solchen sich selbst entfremdeten Menschen — einer massenhaften Erscheinung des modernen Menschen — zu tun hat, begegnet nicht nur der gewöhnlichen menschlichen Sünde, er begegnet oft genug den Folgen einer Schuld der Christen, der Schuld eines unglaubwürdigen Glaubens und eines unglaubwürdigen Lebens. Diese Schuld, vom Widersacher gern benutzt, lebt in der stummen Anklage derer, die ihren Glauben vielleicht unter Schmerzen verloren haben. Sie erweist sich an ihrem Haß, an hartnäckigem Widerstreben oder in todesähnlicher Gleichgültigkeit; und es gibt heute eine umfangreiche Literatur, die die Menschen in ihrem Abfall bestätigt. Wer solchen Menschen begegnet, betritt die Vororte ewiger Verdammnis — und er wird neu beten lernen: „... abgestiegen zur Hölle...“

3. Kann aber ein Mensch überhaupt seinen Glauben an Jesus Christus verlieren, oder besser gesagt: Gibt Christus je einen Menschen wieder her, den er sich durch sein Evangelium und durch seine Sakramente in der Kirche zu eigen gemacht, den er dem Widersacher entrissen hat? Diese Frage darf man wohl nicht umgehen. War der Glaube, der da verloren ging, schon ein reifer, ein selbständiger und erwachsener Glaube? Oder war es nur angeleitetes, anerzogenes Katechismuswissen mit einem unvollkommenen sakramentalen Leben, das der Pflege der Verantwortlichen bedurft hätte? Diese Fragen kann man nur stellen, aber nicht beantworten. Das Gleichnis vom Sämann gibt eine gewisse Antwort; im übrigen ergibt sie sich aus dem konkreten Fall, den ein Priester bei solchen Menschen erfährt. Doch verhelfen uns die Fragen zu einer wichtigen Erkenntnis: Indem wir so fragen, regt sich unser kirchliches Gewissen, es ist noch wachsam. Und es zeigt sich noch etwas mehr. Da nämlich die Kirche tatsächlich Priester zu Menschen entsendet, die ihren Glauben verloren haben, und da sie uns alle gemeinsam für solche Priester beten läßt, erweist es sich als unbezweifelbar, daß Christus wirklich keinen Menschen verloren geben will, den er sich je zu eigen gemacht hat. Freilich ist dieser Christus nicht nur der, der im Himmel zur Rechten des Vaters thront, er wirkt auch in jenen Priestern, er lebt auch in den Gläubigen, die sich anschicken, jetzt, von Ostern herkommend, über den Sinn einer so ernstesten Gebetsmeinung des Guten Hirten nachzudenken. Trifft sie doch jeden von uns, und sie ist nicht damit zu erfüllen, daß wir die üblichen Vaterunser und Ave-Maria für die betroffenen Priester beten. Wir müssen auch nach den Ursachen forschen, die den Verlust des Glaubens bei den Menschen, wenigstens bei denen unserer näheren Umgebung, verschuldet haben, und wir sollten versuchen, diese Ursachen abzustellen, soweit sie bei uns selbst liegen. Das ist ein weites Feld!

4. Ja, die Gebetsgemeinschaft mit jenen Priestern muß wohl oder übel zu einer Tatgemeinschaft werden. Wie soll das geschehen? Durch rechtes wirksames Beten natür-

lich, durch ein vom „Fasten“ getragenes Beten, ein Beten mit Christus, durch ein Gebet der Nachfolge also. Das heißt zunächst: durch ein Gebet der Betrachtung des Erlösers selbst. Auch Jesus wirkte unter Menschen, die den wahren Glauben an den Erlösergott wenn auch vielleicht nicht verloren, so doch verbildet hatten, obwohl sie das Gesetz und die Propheten kannten. Ihr Glaube war zu einer Art religiöser Ideologie und Gewohnheit geworden, war ein Glaube an das heilige Vorrecht Israels, an eigene Gerechtigkeit durch Erfüllung der Kult- und Sabbatvorschriften. So erkannten sie den Erlöser nicht, als er in sein Eigentum kam. Und wie begegnete Jesus diesem Scheinglauben, von dem er Schritt auf Schritt deutlicher erfuhr, daß er sein Volk in die Verwerfung trieb? Er gab sich dieser Gottentfremdung sühnend preis, er ließ sich selber als den Verworfenen und Gotteslästerer behandeln. Er ließ sich ausstoßen und hinmorden, nachdem er alles für das Heil der Menschen bereitet, die Apostel bestellt, sie unterwiesen und ausgerüstet hatte — die ihn auch nicht verstanden und nach Golgatha ihren Glauben verloren! Jesus überschritt an keiner Stelle die versucherische Grenze der Selbstpreisgabe und Erniedrigung, er mied jede Machtentfaltung und stellte alles dem Vater anheim. Er nahm den Unglauben seines Volkes an und trug ihn bis ans Kreuz. — Bleibt unseren Priestern, die unter abständigen Christen wirken, ein anderer, ein besserer und wirkungsvollerer Weg? Gewiß, sie können viel Nützliches ersinnen, um solche Menschen wieder anzusprechen, die ihren Glauben an Jesus Christus verloren haben. Manchmal mag ein wenig Güte genügen oder ein rechtes Buch, gute Belehrung, eine hilfreiche Liebesgabe oder andere sachgemäße „Kunstgriffe“, die ein guter Seelenarzt heute anzuwenden vermag, um einen Komplex, ein Trauma zu heilen. Doch alle pastoralen Gaben und Klugheiten, die nicht mehr als eine wirkliche Nähe und Solidarität zu den glaubenslosen Menschen vermitteln können, bedürfen der übernatürlichen Gleichförmigkeit mit Christus. Denn Er ist es, der die Seinen zurückgewinnt, Sein Geist überwindet den Unglauben, Sein Erbarmen erreicht, wenn es überhaupt noch möglich ist — bei Gott ist alles möglich —, die Abgefallenen. Und Er allein schenkt seinen Priestern in ihrer oft so hoffnungslosen Arbeit das geduldige, liebevolle Ausharren. Dafür wollen wir beten, daß sie niemals irre werden, mit Christus zuerst die Kranken am Glauben zu heilen, die des Arztes bedürfen (Mark. 2, 17).

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Die Anwendung der Instructio über sakrale Musik und Liturgie in Deutschland

Im November 1958 richtete Kardinal Frings im Namen des deutschen Episkopats ein Schreiben an das Heilige Offizium mit der Anfrage, wie die Instructio der Ritenkongregation vom 3. September 1958 über sakrale Musik und Liturgie (Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 148 ff.) in Deutschland angewendet werden solle. In einer Sitzung vom 3. Dezember behandelte das Heilige Offizium die Anfrage und erteilte dem Kardinal von Köln unter dem Datum des 23. Dezember 1958 eine Antwort mit folgendem Inhalt:

Die Privilegien, die durch einen Brief des Staatssekretariates vom 24. Dezember 1943 dem hochwürdigsten Herrn Kardinal Bertram mitgeteilt wurden und nach denen die Ordnung der Teilnahme am heiligen Opfer dem sorgsam zu fällenden Urteil der Ordinarien Deutschlands überantwortet wurde, sowie die durch Brief des Heiligen Offiziums vom 6. Mai 1955 gemachten Konzessionen bleiben in Kraft. Die Ordinarien dürfen von diesen Privilegien auch weiterhin Gebrauch machen. Sie mögen jedoch darüber wachen, daß bei der Anwendung dieser Privilegien keine Grenzüberschreitungen vorkommen.

Die atheistischen Ersatzriten in der „DDR“ Die Seeleningenieure des totalitären Regimes in der sowjetischen Besatzungszone versuchen jetzt systematisch, die großen Ereignisse des menschlichen Lebens durch atheistiche Ersatzriten in das „sozialistische Denken“ einzuspannen. Diese Riten stellen in ihrer Art eine auf die „DDR“ beschränkte Erscheinung dar. Während man in den anderen Staaten des Ostblocks zwar einen Atheismus propagiert — der letzten Endes eine Pseudoreligion ist —, hat man bisher kaum von ernsthaften Versuchen gehört, bestimmten kirchlichen Riten und Weihehandlungen, die im bürgerlichen Leben über ihren sakramentalen Charakter hinaus auch eine wichtige gesellschaftliche Rolle spielen, neue „sozialistische Glaubensinhalte“ zu geben. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Diese Riten haben zugleich mit der Gesellschaftsordnung, die sie hervorgebracht hat, in einer „sozialistischen Gesellschaft“ ihren Sinn verloren.

Daß in der Sowjetzone dennoch der Versuch gemacht wird, Ersatzriten zu schaffen, spricht dafür, wie sehr die deutschen Kommunisten noch immer in der Mentalität und Vorstellung des bürgerlichen bzw. kleinbürgerlichen Milieus leben. Denn diejenigen, die diese Riten als erste vollziehen, sind die Parteimitglieder — die anderen müssen erst zur Teilnahme überredet bzw. gezwungen werden.

Grundsätze

In einer Schrift unter dem Titel „Grundsätze und Erfahrungen bei der Gestaltung sozialistischer Feierlichkeiten um Geburt, Eheschließung und Tod in Stalinstadt“ wurden die Erfahrungen des sozialistischen Kulturrates bei diesen Feiern so, wie sie seit einiger Zeit in dieser neuen „sozialistischen Musterstadt“ stattfinden, dargelegt und zur Nachahmung empfohlen (Zitate aus epd ZA Nr. 25 und 26).

In den Grundsätzen heißt es:

„Geburt, Verbindung von Mann und Frau und Tod sind ursprünglich biologische Vorgänge, die jedoch der Menschheitsentwicklung zufolge hohe gesellschaftliche Bedeutung bekommen haben.

Die Ausbeuterklassen haben jenen Ereignissen idealistische, religiöse Deutung und kirchliche feierliche Formen gegeben, um das Volk an sich zu binden und ihrer Herrschaft zu unterwerfen.

In der neuesten Zeit wehrten und wehren sich die unterdrückten Klassen gegen lebensfremde Deutungen und suchen für die Würdigung dieser hervorragenden Geschehnisse des Menschenlebens weltliche Formen.

Die Arbeiterklasse der Deutschen Demokratischen Republik und ihre führende Partei beginnen von der dialektisch-

materialistischen Weltanschauung her und mit Hilfe der sozialistischen Staatsmacht, die Geburt, die Eheschließung und den Tod feierlich als Ereignisse des Lebens der werdenden sozialistischen Gesellschaft zu würdigen. Inhalt dieser Feierlichkeiten ... ist der sozialistische Humanismus, der atheistisch ist und kein höheres Wesen als die für Frieden, Demokratie und Sozialismus arbeitende und kämpfende Menschheit anerkennt.“

Organisation

Der Rat der Stadt Stalinstadt, der über vorstehende Grundsätze Beschluß faßte, schuf für die „Gestaltung sozialistischer Feierlichkeiten“ eine Planstelle, deren Inhaber für die Durchführung verantwortlich ist. Er führt die Bezeichnung „Sprecher des Rates der Stadt“ (der Titel „Weihesprecher“ fand keinen Anklang).

Die Feierlichkeiten sollen durch gründliche Gespräche mit den Beteiligten vorbereitet werden. Den Eltern soll beigebracht werden, daß die Feier der Geburt eines Kindes die feierliche Einführung desselben in die menschliche Gesellschaft darstellt. Sie haben deshalb für das Kind ein „sozialistisches Erziehungsgelöbnis“ abzulegen.

Verlobte sind zu belehren, daß die standesamtliche Eheschließung „dem Jawort von Mann und Frau den Inhalt sozialistischer Ethik verleiht“.

„Das feierliche Begräbnis hat die Würdigung der guten Bestrebungen und Taten des Verstorbenen zum Inhalt.“ Die Trauernden sollen durch die Genugtuung, mit diesem Menschen verbunden gewesen zu sein, aufgerichtet werden.

Gelöbnisse

Für die abzulegenden Gelöbnisse wurden u. a. folgende Formeln vorgeschlagen:

a) Erziehungsgelöbnis: „Der vorwärtsstrebenden Menschheit, uns selbst und unserem Kinde verantwortlich, erklären wir — NN und NN — unsere Ehe zur unauflöselichen Heimstatt für unseren Sohn ... Wir geloben unter dem Leitwort ‚Auf dich kommt es an, auf uns alle!‘ unseren Sohn zu einem sozialistisch empfindenden, denkenden und handelnden Staatsbürger zu erziehen.“

b) Ehegelöbnis: „Allen schaffenden Menschen, voreinander und uns selbst verantwortlich, geloben wir — NN und NN —, unsere in beiderseitiger Liebe heute und hier gegründete Ehe als Gemeinschaft für das ganze Leben zu gestalten. Wir geloben den Schaffenden, mit gemeinsam tätiger Kraft die sozialistischen Errungenschaften und die Staatsmacht der Arbeiter und Bauern zu mehren. Wir geloben einander aufmerksame Achtung, Fürsorglichkeit und Nothilfe, gegenseitige Förderung zu beruflicher und kultureller Entwicklung, Gemeinsamkeit der Entschlüsse und unlösliche Treue.“

Über die Ablegung des Gelöbnisses werden Urkunden ausgestellt.

Ansprachen

Auch für die zu haltenden Ansprachen wurden Richtlinien ausgearbeitet. Bei der Geburt wird auf die sozialistische Zukunft hingewiesen. Der Sozialismus ist erstrebenswert, weil der Mensch nur in der sozialistischen Gesellschaft dauerhaft glücklich sein kann. Die Familie ist die erste Schule des Sozialismus, denn durch die Festigkeit der Ehe lernen die Kinder, wie gemeinschaftlich gelebt werden muß. Den Schutz der Heranwachsenden gewährleistet die Arbeiter- und Bauernmacht; denn der „religiöse Schutz versagt“.

Bei der Eheschließung soll unterstrichen werden, daß die Ehe zur sozialistischen Ordnung der menschlichen Beziehungen beiträgt. Vor bürgerlicher Eheführung wird gewarnt, denn die Ausbeutung als Ehegrundlage führe zur Treulosigkeit des Mannes und zur Charakterverderblichkeit der Frau. „Im Kapitalismus zeichneten sich sozialistische Ehen durch Gemeinsamkeit des Leidens und Kämpfens aus. Die sozialistische Ehe in der DDR macht durch gemeinsames gesellschaftliches Handeln die Eheleute gemeinschaftlich glücklich.“

Durchführung der Feiern

An den Feiern sollen möglichst viele Verwandte, Kollegen und Mitglieder der Haus- und Betriebsgemeinschaften teilnehmen. Bei der Abgabe des Erziehungs- bzw. Ehegelöbnisses können nahestehende Personen als Paten oder Zeugen mitwirken. Die Beteiligung der Öffentlichkeit soll nicht nur spontan geschehen, sondern auch durch die Massenorganisationen vornehmlich der „Nationalen Front“ organisiert werden. Die Initiative soll vom Staatsapparat ausgehen.

Mit besonderer Sorgfalt wird die musikalische Umrahmung der Feiern behandelt: „Die Feierlichkeiten sind nach Möglichkeit mit Musik zu durchdringen, um die besondere Situation spürbar zu machen und den tiefen Eindruck der Handlungen und Ansprachen den Boden zu lockern.“ (Für die Musik muß allerdings von den Beteiligten bezahlt werden, damit die Feier auch zu einer sozialistischen Gemeinschaftsleistung von Staat und Einzelperson werde.)

Gerade die „Umrahmung“ zeigt, wieviel hier noch das „Gemüt“ und wie relativ wenig der Verstand beansprucht wird. Sogar eine sozialistische Sakralsprache, salbungsvoll und feierlich, fehlt nicht. Hierin liegen wohl die eigentlichen Gefahren, da Gefühlsklischees bei wurzellosen deutschen Kleinbürgern ihre Wirkung selten verfehlen.

Weihnachtsseelsorgertagung 1958: Pascha Domini — Fragen der Liturgie und Seelsorge

Die alljährlich kurz nach Weihnachten in Wien stattfindende Seelsorgertagung (wegen der ungünstigen Verteilung der Feiertage diesmal erst vom 7. bis 9. 1.), deren Veranstalter das Österreichische Seelsorgeinstitut unter Prä-

lat Dr. Karl Rudolf ist, hatte zum Thema „Pascha Domini — Fragen der Liturgie und Seelsorge“. Rund 350 Geistliche aus allen österreichischen Diözesen sowie aus Südtirol, Deutschland und der Schweiz hatten sich eingefunden.

Kardinal König betonte in den Eröffnungsworten die Wichtigkeit, das alte Anliegen der Liturgischen Bewegung, die das gesamte Leben der Kirche so sehr bereichert hat, weiterzuführen. Vieles von den seinerzeit gestellten Zielen wurde zum Allgemeingut, während sich andererseits eine gewisse Müdigkeit, ein Schwund an Begeisterung feststellen läßt, was gewiß zum Teil daher kommt, daß vieles durchgesetzt ist. Gefahren liegen in einem gewissen Formalismus und in einem undisziplinierten Subjektivismus. Wichtig bleibt, daß die Einheitlichkeit der Liturgie als Ausdruck der Einheitlichkeit der Kirche gewahrt bleibt.

Im ersten Referat, „Pascha Domini — Tod und Auferstehung des Herrn in Bibel und Liturgie“, gab Chorberr Prof. Petrus Tschinkel (Klosterneuburg) eine Deutung des Heilsmysteriums aus der Schrift mit interessanten

Hinweisen auf gewisse Verschiedenheiten in den Aussagen der Synoptiker, der ältesten apostolischen Predigt in der Apostelgeschichte, des hl. Paulus und Johannes hinsichtlich der Bedeutung von Tod und Auferstehung Christi. Prof. Tschinkel zeigte im weiteren, wie alle Sakramente ihre Kraft aus dem Pascha Domini haben und daß die christliche Frömmigkeit von daher ihre stärksten Antriebe gewonnen hat.

Neuer Ritus bringt das Ostermysterium besser zum Ausdruck

Anschließend sprach Abt Plazidus Wolf OSB, Seckau, vom Sinn des neuen Osterritus. Er unterschied einen inneren Sinn, den theologischen Gehalt des Ritus, und einen äußeren Sinn, nämlich die Art und Weise, wie der innere Sinn dem Gläubigen mitgeteilt werden soll.

Was den theologischen Gehalt angeht, so bringt die neue Karliturgie die Heilstatsachen klarer und voller zum Ausdruck. Dies ist die Frucht jahrzehntelanger liturgischer Forschungsarbeit, die ihrerseits mit dem tieferen Selbstverständnis der Kirche und mit der allgemeinen theologischen und insbesondere christologischen Vertiefung zusammenhängt. Die Kirche hat ihre Geistesgeschichte. Sie ist nichts Statisches, sondern einem Strom vergleichbar, der in der Mitte die stärkste Strömung hat, an den Ufern langsamer fließt, da und dort stillstehende Gewässer und sogar rückläufige Strömungen aufweist und sich doch im ganzen vorwärtsbewegt. In dieser Geistesgeschichte hat der neue Osterritus seinen Platz. Er trägt dem neuen Kirchenbewußtsein Rechnung, das die Kirche als Gemeinschaft des Corpus Christi begreift, er betont die *actuosa participatio* der Gläubigen und fördert in ihnen die Erkenntnis, daß Christus und seine Heilstatsachen durch Liturgie und Sakrament unmittelbare Bedeutung für uns gewinnen.

Ebenso ist in praktisch-pastoraler Hinsicht der Unterschied groß. Die Feiern wurden auf die richtigen Stunden verlegt, während früher durch die unrichtige Zeitanordnung die Kraft des Symbols gebrochen wurde. Der neue Ritus verlangt, daß die Feiern so gestaltet werden, daß ihr Sinn klar hervortritt und das Volk aktiv daran teilnimmt, daher auch die Kürzungen. Weitere Momente sind: die Tendenz, den Gläubigen einen echten Vollzug zu ermöglichen; die Rücksichtnahme auf die örtlichen Umstände, worin keimhafte Ansätze für eine Weiterentwicklung liegen; die große Bedeutung der Predigt, die einen liturgischen Akt und einen integrierenden Bestandteil der Liturgie bildet (was seit der patristischen Zeit faktisch ignoriert worden ist).

In der Heiligen Woche werden dem Christen die Heilsgeheimnisse in einer großen Gesamtschau vor Augen geführt. Und diese Heilstatsachen sind nicht Nachbildungen historischer Begebenheiten, sondern ereignen sich an den Gläubigen durch ihr Mitun. Im Ostergeschehen werden die Kirche und die Sakramente erlebte Wirklichkeit. Die Taufenerneuerung im Rahmen der Osternachtfeier bringt zum Bewußtsein, daß die Taufe keine Privatangelegenheit ist, sondern im Zusammenhang mit dem zentralen Heilsgeschehen steht. Ebenso wird die Verbindung von Taufe und Eucharistie und die Bindung der Eucharistie an das Leiden und den Tod Christi sichtbar. Die heilige Kommunion ist ganz in das Geheimnis der Erlösung hineingestellt und wird zu einem Gemeinschaftsmahl der ganzen Kirche.

Tauffeier inmitten der Gemeinde

Die Taufe zu einer zentralen Feier der Gemeinde zu machen war das Anliegen des Referates von Pfarrer Theodor *Bliewis*, Wien („Die Tauffeier der christlichen Gemeinde und ihre seelsorgerliche Deutung“). Tatsache ist, daß die Taufe weithin als etwas Nebensächliches in der Gemeinde behandelt wird, wodurch große Möglichkeiten der Seelsorge versäumt werden. Ohne eine veränderte Taufpraxis aber werden alle Bemühungen um ein lebendiges Taufbewußtsein unwirksam bleiben. Es ist nicht gleichgültig, ob der Taufstein eine unbeachtete Nebensache in irgendeiner Ecke der Kirche ist oder ob er schon durch seinen Platz und sein Aussehen die Gläubigen ständig an die Bedeutung der Taufe erinnert. Die Taufe soll in der Pfarrkirche und in Anwesenheit der Pfarrgemeinde etwa im Anschluß an eine heilige Messe erfolgen. Da erhebt sich nun der Einwand, daß dies durch die neue Weisung aus Rom, die Taufe soll „quam primum“, jedenfalls innerhalb einer Woche, vorgenommen werden, unmöglich gemacht wird, da in unseren Ländern die große Mehrzahl der Kinder in der Klinik zur Welt kommt und die Mutter bei der Taufe anwesend sein will. Die Verlegung der Taufe in die Klinik kann aber nicht Wunsch der Kirche sein. Es ist zu bedenken, daß sich die kirchliche Weisung an alle Länder richtet, auch solche mit hoher Kindersterblichkeit, wo die Taufe nicht hinausgeschoben werden soll. Doch in unseren Ländern ist die Kindersterblichkeit gering. Da wäre der Sinn des „quam primum“ wohl mit einer Frist von 10 bis 14 Tagen erfüllt. Pfarrer *Bliewis* sprach die seelsorgerliche Bitte aus, beim Heiligen Vater zu erwirken, daß bei uns die bisherige Praxis mit einer Frist von 10 bis 14 Tagen beibehalten werde. Ferner betonte Pfarrer *Bliewis* die Wichtigkeit einer Taufansprache und eines Taufandenkens, das die Pfarrgemeinde überreicht. Hinsichtlich wünschenswerter Änderungen im Taufritus schloß er sich den anderweitig geäußerten Vorschlägen an, bei der Kindertaufe die fiktiven Dialoge und die Bezugnahmen auf ein verantwortliches sittliches Handeln, die ja von der Erwachsenentaufe herrühren, zu streichen und bei der Erwachsenentaufe die vorbereitenden Riten, die aus dem heute nicht mehr existierenden Katechumenat stammen, zu kürzen, damit der eigentliche Taufakt stärker hervortritt.

Gegenwart Christi im Sakrament und Gegenwart im Glauben und Geist

Ein schwieriges theologisches Thema bot das Referat von Univ.-Prof. *Gottlieb Söhngen*, München, über „Wesen und Form der Eucharistiefeier“. Der zentrale Begriff ist die „Anamnesis“ (Gedächtnis). Das „Gedächtnis“ umfaßt Person und Heilswerk in einem, und zwar wird in der Gedächtnisfeier das ganze Heilswerk, Menschwerdung, Kreuzestod, Auferstehung und Himmelfahrt, vergegenwärtigt, wobei zu beachten ist, daß nicht eigentlich die „passio“, sondern „Christus passus“ vergegenwärtigt wird, da Akte nicht so gegenwärtig sein können wie Substanzen, sondern an sich vergangen bleiben.

Prof. *Söhngen* entwickelte dann den Gedanken, daß es neben der sakramentalen Gegenwart Christi in Brot und Wein auch — nach Epheser 3, 7 — eine Gegenwart Christi im Glauben und im Geiste gibt, ein Thema der Glaubensverkündigung, das weithin vergessen worden ist. Diese Gegenwart des Herrn in und durch den Glauben darf nicht zu einem bloßen Denken an ihn und zu einer

uneigentlichen Gegenwart abgeschwächt werden. Man würde den Sinn der hl. Kommunion geradezu halbieren, ließe man ihn aufgehen im sakramentalen Empfang unter den Gestalten von Brot und Wein und nehme man nicht hinein die Geistgegenwart Christi in uns durch Glaube und Liebe. Die Folgerung wäre, daß mit dem Auflösen der Gestalten, und das geschieht ja sehr schnell, die Gegenwart Christi zu Ende ist. Die Gegenwart Christi erschöpft sich aber nicht im leibhaften Gegenwärtigsein. Daher müssen beide Gegenwartsweisen gesehen werden, die sakramentale und die in Glauben, Geist und Gnade. Das Umfassende ist der Glaube; in ihn wird das Sakrament eingeordnet.

Die römische Meßfeier — keine Endgestalt

In dem folgenden Referat, „Die gegenwärtige Gestalt der römischen Messe als Ausdruck ihres bleibenden Wesens“, wies Pater Paulus *Gordan* OSB, Beuron, auf die Schwierigkeit des heutigen Menschen hin, in der äußeren Gestalt das Wesen zu erfassen. Denn die westliche Kulturwelt hat im Zuge des technisch-dinglichen Weltverständnisses das Organ für die symbolische Ausdrucksweise, in welcher die Dinge Zeichen für eine höhere Wirklichkeit sind, und den Sinn für Metaphysik überhaupt verloren. Jenseitige Strahlungen werden nicht mehr durchgelassen. Daher kommt unsere Glaubensverkündigung und Glaubensdarbietung in der gegenwärtigen Zeichensprache nur schwer an. Deshalb muß die Empfänglichkeit des Christen, vor allem durch die Erwachsenen Katechese, erweitert werden, wobei auch die Erziehung zur Kunst und durch die Kunst eine große Rolle spielt.

Was nun die gegenwärtige Gestalt der römischen Messe betrifft, ist zu betonen, daß durch allen geschichtlichen Wechsel hindurch das Wesentliche der Messe unverändert hindurchgetragen wurde. Die gegenwärtige Gestalt ist nicht die Endgestalt. Doch kann sie ihre sakramentale Zeichenform nicht aufgeben, weil das bleibende Wesen an die Urgestalt, das „Pascha Domini“, gebunden und in ihr verwahrt und verborgen bleibt.

Pater *Gordan* stellte dann die Frage, ob es nur an der Symbolblindheit des heutigen Menschen liegt, daß die Messe nicht richtig aufgefaßt wird, oder auch an der gegenwärtigen Gestalt selbst, und führte dazu aus, daß nicht alles an der gegenwärtigen Form der römischen Messe vortrefflich ist. Manche Teile sind zu ausgedehnt, z. B. das Staffelebet und die Gebete zur Vorbereitung der Opfergaben, wodurch die eigentliche Opferhandlung in etwa undeutlich gemacht wird. Im Kanon steht vielleicht eine zu stadtrömische und zu zeitgebundene Heiligenliste, sind unnötige Kreuzzeichen und Schlußformeln, wodurch die große, von der Präfation zur Doxologie am Ende des Kanons reichende Linie beeinträchtigt wird. „Das ehrwürdige Denkmal der römischen Messe gleicht in seiner gegenwärtigen Gestalt einem alten Gemälde, das, mehrfach übermalt, gewisse Konturen verloren und manche Perspektiven eingebüßt hat und einer behutsamen Restaurierung zu bedürfen scheint.“ Man könnte sich die hl. Messe in manchen Punkten verändert denken, daß sie eindringlicher und sinnenfälliger zum Ausdruck ihres bleibenden Wesens würde.

Praktische Vorschläge für die Karwochenliturgie

Das Thema der Karwochenliturgie wurde wiederaufgegriffen durch das Referat von Pfarrer Josef Ernst *Mayer*,

Wien, über die „Feier der Karwoche in der Pfarrgemeinde“. Aus seiner 30jährigen Erfahrung schöpfend, machte er eine Reihe von praktischen Vorschlägen: Fußwaschung in jeder Pfarrei nicht nur an alten Männern, sondern eventuell an den Männern des Pfarrkirchenrates (wogegen diese meist großen Widerstand leisten); Teilnahme aller Pfarrangehörigen an der heiligen Kommunion am Gründonnerstag; am Karfreitag die Kreuzverehrung durch das ganze Volk, denn das Bekenntnis zum Kreuz muß an diesem Tag abgelegt werden; bei der Gründonnerstagsmesse und der Osternachtfeier Volkshochamt mit deutschen Gesängen. Hinsichtlich der Auferstehungsprozession, die entweder nach der Osternachtfeier als Lichterprozession oder am Ostersonntag abgehalten werden kann, zieht Pfarrer Mayer das letztere vor, da die Prozession nach der Osternachtfeier keine Steigerung bedeutet.

Geschichtliche Entwicklung der Meßfeier

Am dritten Tag hielt Msgr. Dr. Johannes Wagner, Trier, der Direktor des dortigen Institutum Liturgicum, das große Referat: „Die Funktionen der liturgisch Handelnden in der Meßfeier: Zelebrant, Assistent, Chor, Volk.“ Er bot mehr, als der Titel erwarten ließ. Er begann mit einem sehr interessanten historischen Rückblick über den Wandel der Meßfeier. Während im Osten das Mysteriendrama bleibt, macht der Genius Roms, der ein Genius des Rechtes ist, aus der heiligen Messe eine *actio* der *civitas Dei*. Dies kommt deutlich bei der Großgestalt der römischen Meßfeier zum Ausdruck: in der Mitte der Vorsitzende, ihm zur Seite die Bischöfe und Priester und weltlichen Würdenträger, vor ihm das Volk, das den Kirchenraum erfüllt. Die *oratio*, die offizielle Rede des Vorsitzenden an Gott nach den Gesetzen antiker Rhetorik; das Volk akklamiert mit Amen. Die Schola ist zugleich die Hofkapelle, die der Versammlung einen gewissen Glanz geben soll. Eine solche Form der Meßfeier vollzieht sich als *actio* der ganzen Kirche: das ganze Volk akklamiert, alle nehmen am Opfergang teil, alle gehen zur heiligen Kommunion. Diese Form wurde unter Karl dem Großen für das Frankenreich auch bei den kleineren Feiern in den Städten und den kleinsten Gemeinden übernommen. Dabei verlor sich jedoch das Moment der Gemeinschaftsfeier aus dem Bewußtsein der Gläubigen immer mehr. Mitbestimmt durch die Überzeugung und Erfahrung, daß die Gegenwart Christi die Dämonen vertreibt, wurde die Messe ein heiliges Werk, verrichtet von denen, die dazu die Vollmacht haben. Die Messe ist somit nicht mehr ein *actio* der ganzen Kirche, sondern eine *actio* des Priesters für die übrigen. Diese Entwicklung ging weiter bis zur Privatmesse und dauerte viele Jahrhunderte an.

In unserer Zeit vollzieht sich eine Wandlung im Verständnis der Messe: sie soll wieder Gemeinschaftssache sein.

Die Absichten der neuen Instructio

Rom hat auf diese Entwicklung — mit gewissen Reserven und Sicherungen — positiv geantwortet. Das konnte man sowohl bei der Neugestaltung der Osternacht und der ganzen Karwoche als auch im letzten großen liturgischen Dokument, der *Instructio* vom 3. September 1958 (Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 184), sehen, aus welcher der Vortragende folgende Momente hervorhob: Die *Instructio* kodifiziert, was noch nie vorher geschehen ist, die *participatio* des Volkes auch an der *Missa lecta*, wäh-

rend früher kaum die Teilnahme an der *Missa cantata* festgelegt war. Die *Instructio* grenzt den Begriff Liturgie ab, indem sie die (dem Heiligen Stuhl zur Regelung vorbehalten) *actio liturgica* dem *pium exercitium* gegenüberstellt, dessen Gestaltung größtenteils Recht der Bischöfe blieb. (Im Sinne der bisherigen geschichtlichen Entwicklung wäre Liturgie sowohl *actio liturgica* wie *pium exercitium*.) Durch diese Festlegung tritt das früher sehr eingeschränkte Bischofsrecht wieder stärker in Erscheinung.

Die Frage Latein — Volkssprache

In der Frage Latein oder Volkssprache hat bekanntlich die *Instructio* für viele gemeinsam gebetete Teile (z. B. für das Vaterunser) die lateinische Sprache vorgeschrieben. Die Autoren der *Instructio* haben dabei aus einer gewissen Konsequenz gehandelt. Denn wenn die Messe eine gemeinsame Feier ist, wenn eine echte Rollenverteilung angestrebt wird und wenn wir eine lateinische Liturgie haben, so kann die *participatio* des Lektors, des Chores und des Volkes nur in lateinischer Sprache erfolgen.

Man hatte freilich nach der Entwicklung in den letzten Jahren das Gegenteil, nämlich einen stärkeren Gebrauch der Volkssprache, erwartet. So hatte man das Wort Pius' XII. an den Liturgischen Kongreß von Assisi, daß die lateinische Sprache auf jeden Fall die Sprache des Priesters ist, dahin interpretiert, daß die Sprache des Volkes eben nicht unter allen Umständen das Latein sein muß. Unter den Vota dieses Kongresses befand sich auch das nach Ausdehnung der Form des deutschen Hochamtes auf die ganze Welt. Außerdem hatte die Propaganda-Kongregation bereits 50 Bistümern dieses Hochamt in der Volkssprache gestattet.

Privilegien

für die deutschen und österreichischen Diözesen bestätigt

In den deutschen und österreichischen Diözesen besteht bekanntlich eine besondere Situation, da hier die Sondererlaubnisse hinsichtlich eines weiteren Gebrauchs der Volkssprache in Geltung sind, welche 1943 die in der Fuldaer Bischofskonferenz vereinigten deutschen und österreichischen Bischöfe vom Heiligen Stuhl erreicht hatten. Die *Instructio* schien diese Sondererlaubnisse zu beseitigen, was — wie allgemein bekannt ist — zunächst eine große Bestürzung ausgelöst hat. In Deutschland wurde ein ausführliches Gutachten über die Notwendigkeit, das bisherige beizubehalten, ausgearbeitet. Deutsche und österreichische Bischöfe haben, wie man erfahren konnte, bei ihren Ad-limina-Besuchen in Rom in verschiedenen Gesprächen ihre Bedenken nicht verschwiegen und die Wichtigkeit des Festhaltens an den bisherigen Formen betont. Bevor noch eine offizielle Eingabe nach Rom gemacht worden war, hat Rom in einem Brief an Kardinal Frings eigens erklärt, daß die seinerzeit gegebenen Sonderbestimmungen als „privilegia“ (zum erstenmal diese Bezeichnung) weiterbestehen bleiben, und in einem Zusatzschreiben erklärt, daß sich diese Regelung auf alle damals in der Fuldaer Bischofskonferenz vereinigten Diözesen bezieht (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Heft, S. 266).

Die gemeinschaftsbildenden Kräfte der Meßfeier

In dem Referat „Die Bedeutung der Meßfeier für den Aufbau der Gemeinde“ ging Propst Arnold Doležal,

Wiener Neustadt, von der Erfahrungstatsache aus, daß vom gemeinsamen Gottesdienst starke gemeinschaftsbildende Kräfte ausgehen. Einer stärkeren Auswirkung stehen freilich große Hindernisse entgegen: die Not der Gemeinschaft, da die Substanz des christlichen Glaubensbewußtseins von einem zum anderen Gemeindemitglied variiert und daher die Messe nicht als gemeinsamer Ausdruck des einen Glaubens der Gemeinde empfunden wird; die Not der christlichen Liebe, da in der anonymen Gemeinde das Erlebnis des Bruderseins und des Auserwählenseins und damit das Gefühl der Mitverantwortung fehlt; schließlich die Not im Kult, da bei der Messe keine Einheit des Fühlens vorhanden ist und den meisten Teilnehmern die Meßfeier noch immer ein Buch mit sieben Siegeln bleibt.

Propst Doležal betonte, daß die Bemühungen um das Verständnis der heiligen Messe erst dann zum Ziele kommen wird, wenn zwei Voraussetzungen erfüllt sind: eine gründliche Bibelarbeit, die ein wirkliches christliches Bewußtsein schafft, und eine großzügig geübte Liebe, die das Vertrauen zur Heilsbotschaft weckt.

Doch kann trotz dieser noch fehlenden Voraussetzungen durch eine gutgestaltete Meßfeier einiges erreicht werden. Sie muß darauf abzielen, daß die in der Messe vereinten Gläubigen wirklich Christus kennen- und lieben lernen. Das Feiern bringt mehr als alles intellektualistische Erklären, da es Geist, Herz und Gemüt zugleich anspricht. Es repräsentiert die Übernatur und läßt sie zum Erlebnis werden. Propst Doležal ist der Ansicht, es wäre besser, wenn man die Messe *versus populum* zelebrieren könnte und wenn man Teile davon in der Muttersprache feiern dürfte. Das zweite, das bindet und mit christlichen Bewußtsein erfüllt, ist die Verkündigung des Wortes Gottes. Diese Möglichkeit müsse genützt werden. Die Caritas hat ihren klassischen Ort bei der Opferung, wodurch der Blick der Gläubigen immer wieder auf die anderen gerichtet wird.

Möglichkeiten und Wünsche für die Gestaltung der Meßfeier

Es folgten noch zwei Referate über „Die Mitfeier des Volkes in Wort, Gesang und Aktion“ von Msgr. Josef Huber, Linz, und Kaplan Norbert Hösslinger, Klosterneuburg, als Korreferenten.

Msgr. Huber besprach die verschiedenen Formen der Meßfeier, eingelebte und noch zu entwickelnde, immer mit Bezugnahme auf die *Instructio*, und machte besonders auf die Möglichkeit aufmerksam, daß *Proprium* in feierlicher Form vom ganzen Volk deutsch mitbeten zu lassen, was er durch Abspielen eines Tonbandes sehr eindrucksvoll machte. Kaplan Hösslinger fügte einige Bemerkungen aus seinen Erfahrungen in einer Wiener Arbeiterpfarre dazu: Es sei sehr schwer, zugleich den Vorschriften und den Bedürfnissen des Volkes zu entsprechen, und ebenso schwer, zugleich auf die verschiedenen Altersstufen Rücksicht zu nehmen. Denn die alten Leute sind sehr empfindlich und werden leicht überfordert. Die Wurzel aller liturgischen Erneuerung in der Pfarre ist jedenfalls der liturgisch gestaltete Jugendgottesdienst. Die Jugend muß einen wöchentlichen Gottesdienst haben, wo sie unter sich ist. Ferner bildet ein einheitlicher Text bei den Psalmen die Voraussetzung, daß endlich einmal einiges davon auswendig gekonnt werde. Dasselbe gilt für einen verpflichtenden Liederkanon. Hinsichtlich des Hochamtes

hält Kaplan Hösslinger eine Vereinfachung für richtig, ebenso eine stärkere Verwendung der Volkssprache, wobei er auf die seelsorgerlichen Erfordernisse der Missionen, der Arbeiterbewegung und der verfolgten Kirche hinwies. Im Schlußwort der Tagung betonte Kardinal König aus dem Erlebnis der Tagung den Wert der Priestergemeinschaft für die Seelsorgearbeit und die Notwendigkeit, der Liturgischen Bewegung neue Impulse zu geben. Zuletzt verlas er ein Schreiben aus Rom, in welchem der Heilige Vater den Teilnehmern den Apostolischen Segen spendete.

Aus Rom, Süd- und Westeuropa

Der Besuch Johannes' XXIII. an der Päpstlichen Universität Gregoriana

Am 18. Januar stattete Papst Johannes XXIII. der Päpstlichen Universität Gregoriana einen Besuch ab. In Gegenwart zahlreicher Kardinäle, Bischöfe, der Obern der Gesellschaft Jesu, des akademischen Lehrkörpers und der Studentenschaft hielt der Heilige Vater eine Ansprache in lateinischer Sprache, in der er, ausgehend von der offiziellen Bezeichnung „Pontificia Università Gregoriana“, Sinn und Aufgabe der Philosophisch-Theologischen Hochschule darlegte.

Päpstlich

„In diese erste Bezeichnung ‚Päpstlich‘ klingt die Liturgie des heutigen 18. Januar hinein, des Festes Petri Stuhlfeier zu Rom. Es bedeutet höchste Würde und Autorität des Papsttums, die Schlüsselgewalt zum Reiche Christi. Was bedeutet die ‚Hohepriestergewalt des Bindens und Lösen‘, von der im heutigen Kirchengebet und im Brevier die Rede ist, anders, als in Erforschung und Verkündigung der Lehre der Kirche dem zu folgen, was einsichtig ist, sicher erkannt wird und den Vorschriften, dem Sinn und der schriftlichen Überlieferung der lehrenden Kirche entspricht. Diese Hohepriestergewalt dient der Verkündigung, dem Zeugnis und dem Lob der Lehre Gottes. Es gereicht der Päpstlichen Universität Gregoriana zum höchsten Ruhm, daß ihr die Worte des Verfassers der ‚Nachfolge Christi‘ genügen, mit denen er das letzte Kapitel des vierten Buches zur Verehrung der heiligen Eucharistie schließt: ‚Die Vernunft und die Forschung in ihrem Rahmen müssen dem Glauben folgen. Sie dürfen dem Glauben weder vorausgehen noch ihn zerbrechen‘ (IV., 18).

Universität

Dieser einfache und wichtige Begriff ‚Universität‘ entspricht der Anzahl und der Bedeutung der Lehrstühle, die in der Ewigen Stadt rund um den Lehrstuhl Petri errichtet wurden und blühen. Universität bedeutet Hochsitz von Literatur und Wissenschaft, Heimstätte für Forschung und Studium . . .

Der Name ‚Studiorum Universitas‘ umgreift die interessante und von Jahr zu Jahr wachsende Vielheit der verschiedenen Disziplinen, die zu den Grundkursen der Philosophie, Theologie und des Kanonischen Rechtes hinzukamen: Bibelwissenschaft, Orientalwissenschaft, Kirchengeschichte, Missionswissenschaft, Sozialwissenschaft. Wenn auch die einzelnen Wissenschaftszweige auf verschiedene Institute aufgeteilt sein mögen, so bilden sie doch eine eindrucksvolle und harmonische Ganzheit.

Universitas ist auch die Fülle der Studenten in ihrer Vita-

lität und Ordnungsliebe, die sich hier als Vertretung aller Völker der Erde einfindet. Ein bekannter Schriftsteller, der zwar nicht zu uns gehört, nannte schon das alte Collegium Romanum ein Seminar aller Nationen.

Zu Recht wird gesagt, daß Topographie und Statistik die beiden Augen der Geschichte seien. Für die Gregoriana können sie in vollendeter Weise diesen charakteristischen Zug des apostolischen Lehramtes feststellen, das von hier aus wie das Pfingstfeuer seinen Ausgangspunkt zu jedem Volk, zu jedem Land und zu jeder Kultur hin hat.

Erst seit wenigen Tagen ist der prophetische Ruf der Liturgie von Epiphanie verklungen. Doch kündigt die Stimme des Propheten Isaias weiter: „Auf, werde Licht, Jerusalem... Sie alle sammeln sich und kommen zu dir. Deine Söhne kommen aus der Ferne.“

Möge, ehrwürdige Brüder und geliebte Söhne, das hohe und reiche Wissen, das an dieser Stätte gelehrt wird, in Treue zum Lehramt des römischen Papstes weiterhin zum willkommenen und heilbringenden Wirken beitragen und das Lob des Herrn verkünden.“

Gregoriana

Im dritten Teil seiner Ansprache ging der Papst auf die Geschichte der Gregoriana ein. Er charakterisierte das Wirken ihres Gründers, des Papstes Gregor XIII. (1572 bis 1585), das gleichzeitig mit dem Wirken des heiligen Karl Borromäus in Mailand der Kirche nach den Beschlüssen des Konzils von Trient neues religiöses Leben und ein neues Gesicht verlieh. „Papst Gregor bewunderte das Genie des heiligen Ignatius und seiner Söhne. Und der Entwicklung des Collegium Romanum, das schon von Julius III. gegründet war, ließ er diese fördernde Institution zukommen, die nach den Statuten und durch die Protektion des Papstes seinen Namen durch die Jahrhunderte hindurch berühmt machte.“

Johannes XXIII. erinnerte daran, daß derselbe Gregor XIII. in Rom die Nationalkollegs der Engländer, Maroniten und Griechen gegründet hat und zu seiner Regierungszeit ähnliche Institute in Mailand, Loretto, Freiburg in der Schweiz, Douai, Graz, Wien, Olmütz, Prag und Augsburg entstanden sind. Der Heilige Vater zählte sodann die anderen heutigen kirchlichen Hochschulen Roms auf (Lateranhochschule, Kolleg der Propaganda Fide, Angelicum, Hochschule St. Anselm, Antonianum, Institut für Kirchenmusik, für christliche Archäologie, die theologischen Fakultäten der Franziskaner, der Karmeliter und der Diener Mariens) und meinte:

„Wenn ein alter Vater sich zu einem Familienbesuch in das Haus seines ältesten Sohnes begibt, so freut es ihn, unter seinen Augen und nahe seinem Herzen alle anderen Söhne zu sehen, als Brüder ihm gleich lieb und teuer. Dieses Wiedersehen wird ein neuer Auftrieb für die Grundsätze des guten Zusammenlebens, die von altersher gleichsam überliefert sind!“

Johannes XXIII. erinnerte auch an die stolze geistige Tradition der Gregoriana und nannte als einen der Höhepunkte ihrer Geschichte den universal gebildeten Weltensfahrer Angelo Secchi. Auch heute müsse ihr geistiges Streben darauf ausgerichtet sein, dem modernen Klerus einen breiten und hellen Weg zu Erfolgen in der Seelsorgearbeit zu weisen. Schließlich ermahnte der Heilige Vater die Theologiestudenten der Gregoriana und der anderen Institute, „die volle Übereinstimmung zwischen

profanem und theologischem Wissen und die charakteristischen und ausgezeichnetsten priesterlichen Eigenschaften zu verwirklichen. Unbefleckte Reinheit, faszinierende Güte, festbegründete und vorbildliche Frömmigkeit und die Tugend der Demut bewahren vor den Gedanken und Trieben des Ehrgeizes, dieser großen Unklugheit. Letzterem verfallen, wagt es niemand mehr, sich selbst aufzugeben, die Last der anderen auf sich zu nehmen, Seelsorgsposten zu übernehmen und dafür beim Volke und den Mächtigen betteln zu gehen. Dies lehrt ein großer Meister der Aszese, der heilige Laurentius Iustinianus, im 15. Jahrhundert Propatriarch von Venedig und Uns daher lieb und vertraut“ (S. Laur. Iustin. Opera, ed. 1721: De exercitio perfectionis, vol. XI., pag. 600, col. 33).

Im Schlußgruß wandte sich Johannes XXIII. noch einmal an den Kanzler, Kardinal Pizzardo, an die Patres der Gesellschaft Jesu, „die beispielhaften und ruhmreichen Söhne des heiligen Ignatius, die klug und eifrig die Gregoriana leiten, hier lehren oder durch eine andere Tätigkeit zu ihrer berühmten und blühenden Geschichte beitragen“, sowie an die Alumnus und spendete den päpstlichen Segen.

Papst Johannes kündigt ein Ökumenisches Konzil an

Am 25. Januar 1959, dem letzten Tag der Gebetswoche für die Wiedervereinigung im Glauben und dem Fest der Bekehrung des Apostels Paulus, kündigte Papst Johannes XXIII. an, er werde ein universales Kirchenkonzil einberufen. An diesem Tag hatte der Papst sich zur Feier der Bekehrung Pauli in die Patriarchalbasilika S. Paolo fuori le Mura begeben, wohin er die Gläubigen seiner Diözese Rom zu kommen gebeten hatte, um mit ihm für die verfolgte Kirche und insbesondere für China zu beten. Nach dem Pontifikalamt, dem der Papst auf seinem Thron gegenüber der Confessio beigesessen und in dem er eine Homilie über das Evangelium gehalten hatte, begab er sich in das neben der Basilika gelegene Benediktinerkloster in Begleitung der 17 römischen Kardinäle, die mit ihm an dem Gottesdienst teilgenommen hatten. Vor diesem improvisierten Geheimen Konsistorium verlas er einen lateinischen Text, in dem er seinen Willen bekanntgab, ein Ökumenisches Konzil einzuberufen. Dieser lateinische Text ist nicht öffentlich bekanntgegeben worden und wird es wohl nicht werden. Der Presse wurde nur ein kurzer Text mitgeteilt. Er lautet (nach dem „Osservatore Romano“, 26./27. 1. 1959):

Presstext der Konzilsankündigung

„Anlässlich des Besuchs, den er gestern, Sonntag, der Patriarchalbasilika von Ostia (S. Paolo fuori le Mura) abstattete, hat Papst Johannes XXIII., nachdem er der Päpstlichen Kapelle beigesessen hatte, im Kloster S. Paolo eine Ansprache an die Kardinäle gehalten, die an dem feierlichen Gottesdienst teilgenommen hatten. Seine Heiligkeit hat sich zu einigen der wichtigsten Punkte des apostolischen Wirkens geäußert, die ihm die Erfahrungen der ersten drei Monate seines Pontifikats nahegelegt hatten und die seine Verantwortung als Bischof von Rom und als Oberster Hirte der Weltkirche betrafen.

Als Bischof von Rom hat der Heilige Vater die starke

Entwicklung der Stadt in diesen letzten Jahrzehnten und die ernststen Probleme, die mit der geistlichen Betreuung der Bevölkerung verbunden sind, betont.

Als Oberster Hirte der Kirche hat er auf die Gefahren hingewiesen, die heute das religiöse Leben der Gläubigen am schwersten bedrohen, nämlich die da und dort auftauchenden Irrlehren und die maßlose Anziehungskraft der materiellen Güter, die heute durch den technischen Fortschritt mehr denn je angewachsen ist.

Um den gegenwärtigen Nöten des christlichen Volkes zu begegnen, hat der Oberste Hirte, indem er sich von den uralten Gewohnheiten der Kirche hat inspirieren lassen, drei Ereignisse von allergrößter Bedeutung angekündigt, nämlich: eine Diözesansynode der Stadt Rom, die Feier eines Ökumenischen Konzils für die universale Kirche und die Modernisierung des Kirchlichen Rechts, der die demnächstige Veröffentlichung des Kodex für das Orientalische Kirchenrecht vorangehen soll.

Was die Feier des Ökumenischen Konzils betrifft, so soll es nach der Absicht des Papstes nicht nur der Erbauung des christlichen Volkes dienen, sondern zugleich will es eine Einladung an die getrennten Gemeinschaften zur Suche nach der Einheit sein, nach der sich so viele Seelen von allen Enden der Welt heute sehnen.“

„Ereignisse von allergrößter Bedeutung“

Jedermann spürt, daß es sich hier um Ereignisse von allergrößter Bedeutung handelt. Alle drei Ankündigungen sind eine große Überraschung für die Welt, für die Gläubigen der katholischen Kirche und auch für vatikanische Kreise gewesen. Die Einberufung einer römischen Diözesansynode — etwas Derartiges habe es nach den eigenen Worten des Papstes in der Geschichte Roms wohl noch nie gegeben — bedeutet, daß der Heilige Vater sein Amt als Bischof von Rom so konkret auszuüben begann, wie es seit den unseligen Ereignissen von 1870, als Pius IX. sich aus Protest gegen die Einverleibung Roms in den jungen italienischen Nationalstaat in die freiwillige Gefangenschaft des Vatikans einschloß, kein Papst mehr getan hat. Obwohl diese Synode, so betonte Johannes XXIII. sowohl vor den Mönchen von S. Paolo wie auch später bei einer Generalaudienz, rechtliche Folgen nur für die Diözese Rom habe, könne sie doch beispielgebend für strukturelle Änderungen auch in anderen Diözesen wirken. Die Modernisierung des Kanonischen Rechts — eine Arbeit, die selbstverständlich nicht von heute auf morgen getan werden kann — solle manche Bestimmungen der Gegenwart anpassen. Am wichtigsten und für die ganze Welt am erregendsten ist aber zweifellos die Ankündigung des Konzils der Gesamtkirche mit der besonderen Bestimmung, daß es eine Einladung an die getrennten Gemeinschaften sein soll, die Einheit zu suchen.

Über den Umfang der Einladungen zu diesem Ökumenischen Konzil liegen inzwischen eine Unzahl von Vermutungen vor, wobei es sich bei der Hierarchie der orthodoxen Kirchen — deren Einladung an sich nichts Neues bedeutet — wohl mehr um die Form und den Modus der Einladung handelt. Man geht sicher nicht fehl, wenn man sagt, daß der Aufruf zur Suche nach der Einheit — wenn auch niemand sich von ihm ausgeschlossen fühlen soll — sich mit besonderem Nachdruck an die Ostkirchen wendet. Denn die Wiedervereinigung mit der Ostkirche ist wohl das große Herzensanliegen dieses Papstes, der den christ-

lichen Osten in den langen Jahren, in denen er Apostolischer Delegat in Bulgarien, der Türkei und Griechenland war, genau kennengelernt hat. Bei zwei wichtigen Anlässen hat er sich bereits in den ersten Wochen seines Pontifikats an den christlichen Osten gewandt, und zwar in seiner ersten Rundfunkbotschaft an die ganze Welt sofort nach seiner Wahl und in seiner ersten Weihnachtsbotschaft (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 115 und S. 241). Diese Anrufe an die orthodoxe Christenheit sind besonders vom Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel positiv aufgenommen worden. Wir haben in unserm vorigen Heft (ds. Jhg., S. 237) eine kurze Nachricht über die Antwort gebracht, die Patriarch Athenagoras auf diese Anrufe des Papstes in seiner Neujahrsbotschaft gegeben hat. Der vollständige Text dieser Botschaft liegt uns erst jetzt vor; sie ist wichtig genug, um hier im vollen Wortlaut zu erscheinen.

Der Ökumenische Patriarch über die Begegnung mit Rom

Die Entgegnung des Patriarchen Athenagoras von Konstantinopel, der den Titel eines Ökumenischen Patriarchen führt und den Ehrevorrang in der gesamten orthodoxen Welt innehat, lautete (nach „Apostolos Andreas“ vom 7. 1. 1959):

„Dieser Heilige, Apostolische und Ökumenische Stuhl und Wir persönlich, die Wir ohne Unterlaß für die Einigung aller beten, begrüßen freudig jeden ehrlichen Aufruf zum Frieden, von welcher Seite er auch komme, dies um so mehr, wie es sich gebührt, wenn er von einem Mittelpunkt der Christenheit kommt, wie es das Alte Rom ist.

Das bedrückende Bild der heutigen Menschheit, die wegen des Mangels an gegenseitigem Verständnis und friedlichem Zusammenleben der Völker auf vielfache Weise geprüft wird, legt den Oberhäuptern der christlichen Kirchen in verstärktem Maße die Pflicht auf, gemeinsam der heutigen Welt klarzumachen, daß die technischen und wissenschaftlichen Errungenschaften nicht für die Bildung einer die gesamte Menschheit zusammenfassenden Ordnung ausreichen ohne geistige, religiöse und ethische Fundamente, ohne Christus, der die Liebe, den Frieden und die Gerechtigkeit unter den Menschen fordert.

Deswegen und im tiefsten Bewußtsein dieser Verantwortung erklären Wir, daß Wir aufrichtig bereit sind, dem unaufhörlichen Beten und Flehen unserer orthodoxen Kirchen um den Frieden der ganzen Welt auch Unsere positive Mitwirkung hinzuzufügen, sowohl auf mehr praktischen Gebieten wie in den weitverbreiteten interkirchlichen Organisationen, an denen wir schon, voll mitarbeitend, teilnehmen, und auch im Rahmen engerer Kontakte mit der Erstgeborenen [wörtlich: ‚Altergeborenen‘] Kirche des Westens, um so Erleichterung zu bringen der ‚Angst der Völker in ihrer Ausweglosigkeit, in der Furcht und Erwartung der Dinge, die kommen sollen über die ganze Erde‘ (Luk. 21, 25—26), und um die feste Hoffnung der Menschheit auf einen glücklicheren Ausblick für morgen zu festigen.

Und Wir sehen es als sehr zeitgemäß an, daß in dieser weltbedeutenden Epoche, die die Menschheit durchschreitet, Wir, die von Gott zum Werk der ‚Sorge und des Andrangs‘ (2 Kor. 11, 28) von Millionen Gläubiger unserer Kirche berufen sind, uns treffen angesichts dieser tiefsten und gebieterischen Not der Völker, damit diese eine Lösung und Erleichterung der sie umkreisenden Probleme finden.

Unter dem Eindruck dieser Überlegungen und Verhältnisse haben wir auf indirektem Wege Kenntnis genommen von dem erneuten ‚Ruf zur Einheit der Kirchen‘ Seiner Heiligkeit dem Oberhaupte der Kirche Roms, den wir brüderlich begrüßen. Wir deuten diesen Ruf als klare Erkenntnis der Notwendigkeit einer Begegnung und einer Zusammenfassung der geistigen Kräfte, die die gottgegründete Kirche Christi darstellt, freilich sicher nicht im Zustand der Teilung und der Uneinigkeit, in dem sie sich leider seit Jahrhunderten befindet, sondern unter der vorbildlichen und wünschenswerten Einheit, die der Herr für sie vorausgesehen und die er ihr gegeben hat, als Beweis, daß die Botschaft von Weihnachten nicht nur einen Gipfel unerreichbarer Vollkommenheit und Tugend bedeutet, sondern auch eine Kraft ‚der Verähnlichung des Sterblichen zum Vollkommenen‘.

Deswegen haben wir die Überzeugung, daß jeder Anruf zur Einigung von jenen unentbehrlichen und konkreten Taten und Bemühungen begleitet sein muß, die die Übereinstimmung zwischen Wort und Werk beweisen und uns und die Glieder unserer Kirchen tatsächlich näher zum Herrn bringen könnten, zum mindesten vorläufig auf einer praktischen Ebene und im Geiste der Gleichheit, Gerechtigkeit und geistigen Freiheit und gegenseitiger Hochschätzung.

In diesen Tagen also der Erscheinung unseres Heilandes Christus über den geheiligten Hügeln des Ostens sehen wir unsere Hoffnung und unser Gebet wohl begründet, daß mit der gesamten Menschheit, die sichtlich dem aus dem Osten hervorgehenden ‚Fürsten des Friedens und Vaters des künftigen Aons‘ (Is. 9, 5) sich zuwendet, auch die Heilige Kirche Roms sich brüderlich zum Osten wenden wird.

Das wünschen und erwarten wir von Seiner Heiligkeit dem neuen Papste Roms, Johannes XXIII., der uns persönlich so gut bekannt ist, der geliebt und geschätzt ist in unseren Gegenden, als Wunsch der ganzen Welt und als Morgenröte eines wirklich neuen Jahres in Christo.“

Die Bedeutung eines Ökumenischen Konzils

Seit 1870 hat kein Papst mehr ein Konzil einberufen. Das letzte Konzil, das nunmehr bereits 90 Jahre zurückliegt, war das Vatikanische, auf dem die Unfehlbarkeit des Papstes definiert wurde. Das Konzil wurde nicht zu Ende geführt, sondern mußte der politischen Lage wegen abgebrochen werden, und der zweite Punkt seiner Tagesordnung, nämlich die Ausarbeitung einer Ekklesiologie, die das Dogma von der Unfehlbarkeit des Papstes ergänzen sollte, blieb unerledigt. Sogleich nachdem der Heilige Vater seine Absicht bekanntgegeben hatte, ein Allgemeines Konzil einzuberufen — offiziell wird das bei einem Konsistorium geschehen, das vermutlich im April oder Mai stattfinden wird und bei dem der Papst dann die Form des Konzils und die Einladungen, die er beabsichtigt, verkündet —, wurde in vatikanischen Kreisen die Frage aufgeworfen, ob das neue Konzil als Fortsetzung des Vatikan Konzils von 1870 anzusehen wäre und das nicht erledigte ekklesiologische Thema behandeln würde oder ob es ein völlig neues Konzil sein werde. In Wahrheit ist das eine müßige Frage, da nur der Papst die Vollmacht hat, Form und Thema des Konzils zu bestimmen. Man wird also die offizielle Bekanntgabe seiner Intentionen abwarten müssen.

Die katholische Kirche zählt bis heute 20 Ökumenische Konzile. Es muß aber betont werden, daß niemals eine offizielle Liste der Allgemeinen Konzile aufgestellt worden ist. Heute erscheint es z. B. sehr fraglich, ob die verschiedenen Konzile des 12. Jahrhunderts (1123, 1139 und 1179, alle drei im Lateran) den Namen von Allgemeinen Konzilen verdienen. Für die orthodoxe Kirche gelten nur die ersten sieben Konzile als ökumenisch, nämlich die Konzile, bei denen die Ost- und die Westkirche noch vereint waren. Ihre eigenen Allgemein-Orthodoxen Synoden betrachtet sie nicht als Ökumenische Konzile, weil die Kirche von Rom dabei fehlte.

Diese sieben ersten Allgemeinen Konzile sind:

1. das Konzil von Nicäa 325, durch das der Arianismus verurteilt, das Glaubensbekenntnis fixiert und das Datum von Ostern festgelegt wurde;
 2. das Konzil von Konstantinopel 381, durch das die Entscheidung des vorigen Konzils bestätigt und die Irrlehren des Macedonius verurteilt wurden, die nicht an der Göttlichkeit des Heiligen Geistes festhielten;
 3. das Konzil von Ephesus 431, das die Häresie der Nestorianer verurteilte und die Gottesmutterchaft Mariens proklamierte;
 4. das Konzil von Chalcedon 451 gegen die Monophysiten, durch das die beiden Naturen in Christus definiert wurden;
 5. das zweite Konzil von Konstantinopel 553, auf dem die Irrtümer des Origenes verurteilt wurden;
 6. das dritte Konzil von Konstantinopel 680 gegen den Monotheismus, durch das die beiden Willen, der göttliche und der menschliche, in Christus definiert wurden;
 7. das zweite Konzil von Nicäa 787, das den Bilderstreit entschied und die Verehrung der heiligen Bilder regelte.
- Auf dem 8. Konzil 869, dem vierten in Konstantinopel, wurde Patriarch Photius von Konstantinopel abgesetzt, und damit begann das große Schisma, das, nach kurzen Aussöhnungen im 10. Jahrhundert, im Jahre 1054 zur endgültigen Trennung zwischen der Ost- und der Westkirche führte.

Daß die orthodoxen Bischöfe, die ja in echter apostolischer Nachfolge geweiht sind, zu einem Allgemeinen Konzil eingeladen werden, ist, wie schon gesagt, nichts Neues. Sie sind auch von Pius IX. zum Vatikan Konzil eingeladen worden. Aber die Zentralkommission des Konzils machte damals zur Bedingung, daß die Orientalen, die am Konzil teilnehmen wollten, zur römischen Kirche zurückkehren müßten und dann erst auf dem Konzil erscheinen könnten. Das Konzil sollte also ausdrücklich kein Unionskonzil sein, wie etwa das von Florenz, an dem die Orthodoxen als Orthodoxe teilnahmen. Im Jahre 1869 wies der griechische Patriarch von Konstantinopel die Einladung schroff zurück. Die Orientalen waren durch die Haltung Roms tief verletzt. Es ist die Frage, die die christliche Welt bewegt, ob Papst Johannes einen anderen Weg einschlagen wird, wenn auch noch niemand sagen kann, welchen.

Päpstliche Äußerungen zur Frage der Ostkirchen

Am 30. Januar besuchte Papst Johannes Kirche und Kloster SS. Giovanni e Paolo in Rom, wo die römischen Pfarrer Einkehrtage abhielten. In einer Ansprache an diese Pfarrer seiner Diözese sprach der Heilige Vater auch von dem künftigen Allgemeinen Konzil. „Wir wollen keinen historischen Prozeß aufziehen“, sagte er, „wir

wollen nicht aufzuzeigen suchen, wer Recht und wer Unrecht hatte. Die Verantwortung ist geteilt. Wir wollen nur sagen: Kommen wir zusammen, machen wir den Spaltungen ein Ende.“ Der Papst sprach weiter davon, daß er die Schwierigkeiten nicht unterschätze, die sich der Verwirklichung der Einheit der Kirche entgegenstellen. Denn es werde äußerst schwierig sein, zwischen den verschiedenen Kirchen, die schon allzulange getrennt sind und unter innerem Zwiespalt leiden, wieder Eintracht und den Geist der Versöhnung zu schaffen. Papst Johannes betonte, daß man nicht leugnen könne, daß die katholische Kirche seit der Spaltung stärker und einiger denn je geworden sei und daß das ein Zeichen dafür sei, daß sie die Wahrheit besitze, daß man aber den getrennten Brüdern nur sagen wolle: Laßt uns zusammenkommen! (Diese Ausführungen sind offenbar in der Presse mißbraucht worden, so daß der „Osservatore Romano“ in seiner Inhaltsangabe der Ansprache des Heiligen Vaters an die römischen Pfarrer in SS. Giovanni e Paolo diesen Passus ganz weggelassen hat. Papst Johannes hat nämlich nicht die Gewohnheit, den Text seiner Ansprachen, die häufig improvisiert sind, wörtlich der Presse zu übergeben.)

Im übrigen beweisen viele kleine Ereignisse und Äußerungen, wie sehr der Heilige Vater von dem Gedanken an eine Wiederbegegnung mit der Ostkirche erfüllt ist, wie weit seine Liebe zum christlichen Osten geht. Wenige Tage nach der Ankündigung des Ökumenischen Konzils, am 27. Januar, feierte die katholische Kirche das Fest des hl. Johannes Chrysostomus, des großen Kirchenvaters des Ostens mit dem „Goldmund“, des Vaters der wichtigsten Liturgie der Ostkirche, der „Liturgie des hl. Johannes Chrysostomus“, die in der byzantinischen Kirche die übliche Eucharistiefeyer ist. Seine Reliquien ruhen in Rom in der Peterskirche. Papst Johannes begab sich am Morgen des 27. Januar in privater Form in die Kapelle des Chors, wo die Gebeine ruhen, um an diesem Grab inständig für die ganze Kirche zu beten. Der hl. Johannes Chrysostomus, Bischof von Konstantinopel, gestorben 407, hat sich, als er vom byzantinischen Kaiser verfolgt wurde, an die Kirche von Rom gewandt, die Kirche der Apostel Petrus und Paulus, deren Ruhm er gepriesen hat. Darum gehört er dem Osten und dem Westen an.

Am Sonntag, dem 1. Februar, empfing der Heilige Vater eine starke Gruppe von in Italien lebenden Armeniern. Sie gehören dem armenisch-katholischen Ritus an und wurden von Kardinal Agagianian angeführt. In einer Ansprache an sie redete Papst Johannes von Erlebnissen, die er mit armenischen Christen — unierten und nicht-unierten — in Bulgarien gehabt habe. Er erzählte vor allem von einem 90jährigen gregorianischen Armenier (die von Rom getrennte armenische Kirche heißt die gregorianische), der ihm zu sagen pflegte: „Denken Sie daran, daß wir immer den Nachfolger Petri verehrt haben und daß wir wohl wissen, daß er der Mittelpunkt unser aller ist.“ Eines Tages fügte er noch hinzu: „Wenn Sie nach Rom gehen, dann küssen Sie für mich den Fuß des Heiligen Vaters, und vielleicht können Sie ihm auch mein Bild zeigen.“ Der damalige Apostolische Delegat Roncalli führte diesen Auftrag bei Papst Pius XI. auch aus, der echtes gütiges Verständnis dafür hatte. Nachdem der Papst von den christlichen Überlieferungen der Armenier und ihrer Glaubenstreue gesprochen hatte, fuhr er fort: „Wie sollte man nicht besondere Wünsche ausspre-

chen dafür, daß sich eines Tages alle Armenier im Hause des Vaters treffen? Dieses Treffen wäre zweifellos eine Quelle der Freude und Gnade . . . Wir dürfen darauf hoffen, daß die Einheit zustande kommt und vollkommen zustande kommt. Niemand wird sich über diesen Wunsch des Papstes wundern, der ebenso natürlich wie glühend ist. Haben Wir doch ständig das Bild Jesu vor Augen, der, indem er für uns betet, nicht müde wird, zu wiederholen: ‚daß sie eins seien!‘“

Bei der Generalaudienz am Mittwoch, dem 3. Februar, hat Papst Johannes dann zum erstenmal die Gerüchte bestätigt, daß das Ökumenische Konzil in Rom und frühestens in zwei Jahren — so lange Zeit ist für die Vorbereitung nötig — stattfinden werde. Radio Vatikan hat verschiedentlich Kommentare zu den Verlautbarungen über das künftige Konzil gegeben. Da sie nicht als offiziell zu betrachten sind, lassen wir sie in diesem Zusammenhang beiseite.

Der Widerhall im christlichen Osten

Der erste Widerhall auf die Ankündigung des Konzils, die ein Theologe des Ökumenischen Patriarchats eine „liebenswerte Geste“ des Papstes nannte, war in den Ostkirchen im allgemeinen sehr freundlich. Wir werden im nächsten Heft der Herder-Korrespondenz ausführlicher darüber berichten. Die bisher bekannt gewordenen Stimmen weisen natürlich auch auf die großen Schwierigkeiten dieses Planes hin, über die ja auch der Papst keineswegs hinwegsieht. Die Richtung der Schwierigkeiten deutet eine Äußerung des orthodoxen Patriarchen von Antiochien, Theodosius VI., an, die er einem Vertreter der Nachrichtenagentur AFP gegenüber machte: Das Konzil müsse vom Papst in seiner Eigenschaft als Erster unter Gleichgestellten präsiert werden, und zwar auf Grund der Glaubensüberlieferungen, der Lehre und der Überlieferungen, die in der ungeteilten Kirche galten, „ehe die Kirche von Rom ihre Gemeinschaft verließ“.

In einigen Äußerungen aus der Orthodoxie wird auch von gemeinsamen Beratungen der Oberhäupter der autokephalen und autonomen orthodoxen Kirchen und von einer gemeinsamen Antwort auf eine Aufforderung des Papstes zur Teilnahme am Konzil gesprochen. Bekanntlich wird in der orthodoxen Welt schon seit langem der Plan eines allorthodoxen Konzils erwogen (vgl. zuletzt Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 109), es wäre möglich, daß die Initiative des Papstes sein Zustandekommen beschleunigte. Das Recht zu seiner Einberufung kommt dem Ökumenischen Patriarchen zu (und es wird in diesem Zusammenhang aufs neue bedeutsam, daß bei der 40-Jahr-Feier des Moskauer Patriarchats im Mai 1958 auch die Russische Orthodoxe Kirche dieses Recht ausdrücklich und betont bestätigte). So richten sich in der Frage der Stellungnahme der Orthodoxie zu der Ankündigung des Papstes natürlicherweise die Augen der orthodoxen Welt auf den Ökumenischen Patriarchen. Es wird auch aus der innerorthodoxen Lage verständlich, warum etwa aus Kreisen der orthodoxen Kirche von Griechenland schon jetzt nachdrücklich auf den Ökumenischen Patriarchen als den rechtmäßigen Empfänger einer Aufforderung an die Orthodoxie zur Teilnahme am Ökumenischen Konzil hingewiesen wird. Doch stehen bis zur offiziellen Verkündigung des Konzils durch den Papst all diese Äußerungen ebenso wie die aus der katholischen Welt noch im Vorfeld allgemeiner Erwägungen.

Katholizismus und Gesellschaftsordnung in den USA

Vor längerer Zeit hat die Herder-Korrespondenz von der soziologischen Untersuchung Will Herbergs über Religion und Gesellschaft in den USA berichtet, die 1955 unter dem Titel „Protestant, Catholic, Jew“ erschien (Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 580 bis 586). Ohne vollständig zu sein, zeigte Herberg, wie aus der geschichtlichen Entwicklung der amerikanischen Gesellschaft heraus Religion heute einerseits als „tranquillizer“, als emotioneller Kundendienst gegen individuelle Unsicherheit, angepriesen wird und andererseits zum konformistischen Element des „American Way of Life“ wurde. Man glaubt an den Glauben, aber nicht an Gott. Religion wird zur Grundlage nationaler Selbstgerechtigkeit, ja Religion ist heute für Parteiführer und Abgeordnete eine Voraussetzung des politischen Erfolgs.

Die Diskussion um einen katholischen Präsidenten

Man darf diese Tendenz der Verflachung des Glaubens nicht aus dem Auge lassen, wenn man gewisse Diskussionen um die Bedeutung der Novemberwahlen 1958 verfolgt. Das folgende Zahlenbild der parlamentarischen Sitzverteilung nach dem 5. November 1958 hat den Durchschnittsamerikaner sehr beeindruckt:

	Senat		Repräsentantenhaus	
	1958	1956	1958	1956
Demokraten	61	49	273	234
Republikaner	34	47	134	210

Der demokratische Wahlsieg war einer der größten in der Geschichte dieser Partei. Nur Franklin D. Roosevelt hatte größere Wahlerfolge aufzuweisen. Wenn es auch unmöglich ist, die Katholiken innerhalb des amerikanischen Zweiparteiensystems einer Partei zuzuweisen, so läßt sich doch sagen: die jetzt siegreiche demokratische Partei in den USA ist die Linkspartei, die amerikanisch modellierte Einrichtungen des Wohlfahrtsstaates anstrebt. Die Katholiken irischer, italienischer, polnischer und puertorikanischer Herkunft in den bevölkerungsstarken Nordstaaten gehören nicht der seit Generationen wohletablierten Geldaristokratie meist angelsächsischer Herkunft an, die sich mit aller Kraft in der republikanischen Partei gegen diese Linkstendenz wehrt. Sie wählen deshalb demokratisch. Und nun ist ein demokratischer Präsident als Nachfolger des abtretenden Republikaners Eisenhower im Jahre 1960 eine erreichbare Möglichkeit. „Wird er der erste katholische Präsident sein?“ heißt die Frage, die den amerikanischen Katholizismus heute fasziniert, der seine Kränkung durch die Niederlage des katholischen Al Smith gegen Herbert Hoover im Jahre 1928 noch nicht überwunden hat. Manche Anzeichen deuten darauf hin, daß 1960 ein Katholik das Rennen machen könnte: Am eindrucksvollsten war der Wahlerfolg des katholischen Senators John Kennedy von Massachusetts, der mit 870 000 Stimmen die höchste Stimmenzahl erhielt, die je ein Senator in diesem Staat auf sich vereint hatte. Zu drei wiedergewählten kamen sechs weitere neugewählte katholische Senatoren hinzu. Sämtliche katholischen Kandidaten erhielten persönlich mehr Stimmen als ihre Parteiliste. Da eben Religion in der amerikanischen Politik als sozialer Faktor eine immer stärkere Rolle zu spielen beginnt, wird nun der Name John Kennedy sehr oft mit

einer erfolgversprechenden demokratischen Präsidentschaftskandidatur in Verbindung gebracht. Diese Situation charakterisiert Joseph Alsop mit einer gewissen zynischen Resignation in einem Wahlkommentar: „Nach dieser Wahl werden die Demokraten in vielen Staaten schon deswegen katholische Kandidaten vorziehen, weil diese mit größerer Wahrscheinlichkeit den Speck nach Hause bringen.“

Aus der Diskussion, die die heutige, politisch erfolgversprechende Lage des Katholizismus ausgelöst hat, lassen sich deutlich zwei Stimmen unterscheiden.

- a) Die taktische Empfehlung der Übernahme des „American Way of Life“ als des Ideals, an das sich ein katholischer Präsident nur geschickt anzupassen habe.
- b) Der Versuch, den Eigencharakter des Katholizismus scharf abzuheben und seinen Standort innerhalb der pluralistischen Gesellschaft ehrlich zu bestimmen.

Die erfolgversprechende Taktik

Die taktischen Erwägungen, die die demokratische Partei bewegen sollen, den Katholiken John Kennedy als Präsidentschaftskandidaten zu benennen, legt Lawrence H. Fuchs in „America“ (13.9.1958) unter dem Titel „A Catholic as President?“ zusammenfassend dar: Im Vergleich zu den andern konfessionellen Wählergruppen wächst die Zahl der Katholiken dauernd. Die katholischen Wählerstimmen stellen eine strategische Position dar, da sie bei Präsidentschaftswahlen nicht unbedingt parteipolitisch festgelegt sind. Die Eisenhowerwahlen 1956 bewiesen, daß viele Katholiken, die sich als Demokraten fühlten, dennoch den soliden Familienvater Eisenhower presbyterianischer Denomination dem demokratischen Kandidaten Stevenson, der ein geschiedener Unitarier ist, vorgezogen haben. Ein katholischer Kandidat kann ferner viele katholische unpolitische Bürger an die Wahlurnen bringen. Fuchs rechnet mit vier- bis fünfmal mehr betont katholischen Stimmen als bei der Abwahl des Unglückskandidaten Al Smith.

Folgende Widerstände seien noch psychologisch zu überwinden: Bei den nichtkatholischen Intellektuellen Befürchtungen über Wertkonflikte, die auftauchen. Bei den Katholiken selbst einerseits Befürchtungen über ein Wiederaufleben des antikatholischen Komplexes in der US-Gesellschaft und andererseits eine große, vor allem irisch bedingte Selbstsicherheit: „Wir allein sind fähig, die Geschichte zu schmeißen.“ Daß das Vorurteil gegen die Katholiken im Schwinden sei, wird durch die beliebten und Propagandaerfolg versprechenden Gallup-Veröffentlichungen bewiesen. Auf die Frage: „Wenn Ihre Partei einen qualifizierten Mann für die Präsidentschaft nominieren würde und er wäre zufällig Katholik, würden Sie für ihn stimmen?“, antworteten, nach Altersgruppen gezählt:

	21—29jährige	30—49jährige	50jährige
ja	83 %	79 %	62 %
nein	14 %	17 %	20 %
ohne Meinung	3 %	4 %	7 %

Chancen für Taktik und Propaganda bestehen also.

„Smelting-pot“ der Begriffe?

Das zweifellos verbesserte politisch-gesellschaftliche Klima zwischen Katholiken und Protestanten untersucht im Hinblick auf die Präsidentschaftswahl Pater Gustave Weigel SJ in einem Aufsatz, „Catholic and Protestant: End of

War?“ (Thought, Nr. 130, S. 383—397), und stellt fest: Der Glaube der Protestanten, daß sie allein die wahre Religion der Vereinigten Staaten verkörpern, ist zerbrochen. Die einzige große politische Aktion, die der organisierte Protestantismus versucht hat, die Prohibition, verfiel, vor allem in der Literatur, der Lächerlichkeit. Dieses Scheitern hat dem protestantisch-puritanischen Selbstbewußtsein einen schweren Schlag versetzt. Auch im innerkirchlichen Raum schwand das Selbstbewußtsein der evangelischen Pastoren, wenn sie über die paar Köpfe ihrer Gottesdienstbesucher hinweg zur gedrängt vollen katholischen Kirche schauten. Ängstlichkeit und Neugierde gegenüber den Katholiken rückten an Stelle des Überlegenheitskomplexes. Um die Revolte ihrer Gläubigen in den Städten gegen den dürren Kanzelmoralismus zu besänftigen, setzte eine liturgische Bewegung ein. Die Ökumenische Bewegung verminderte innerhalb der Denominationen die Spannungen und verstärkte das Gefühl der Einheit, einer gefühlsmäßigen Einheit, die darauf hinzielt, daß es amerikanisch sei, zu glauben — gleichgültig was. Und Glauben haben schließlich auch die Katholiken. So gehört es heute zum „American Way of Life“, daß jede religiöse Geste im gesellschaftlichen Bereich vom Priester, dem evangelischen Pastor und dem Rabbi gemeinsam durchgeführt wird. An den Universitäten, ja selbst in gewissen Hilfsdisziplinen der Theologie studieren Katholiken und Protestanten miteinander. Theologische Diskussionen mit ehrlicher Ausgangsstellung finden sehr häufig statt. Doch muß Gustave Weigel an das Ende dieser erfreulichen Feststellungen zu einer tieferen Analyse vordringen und eine ernste Warnung aussprechen: Der selbstsichere Ruf vieler Katholiken: „Sie kommen zurück!“, ist falsch und eine gefährliche Illusion. Die katholisierenden Strömungen innerhalb des Protestantismus sind zweifellos auf Grund der erwähnten soziologischen Phänomene stärker denn je. Aber die Protestanten kehren nicht zur römisch-katholischen Kirche zurück. Denn die überwiegende Mehrheit der US-Protestanten ist auf die Wahrheitsfrage überhaupt nicht ansprechbar. Da sie glauben, daß man in vielen Punkten miteinander übereinstimmt, so sind sie auch der Ansicht, es könne doch nicht schwierig sein, in einem Glauben zusammenzukommen, selbst wenn eine große Zahl protestantischer Denker auch heute noch behaupten mag, Christus sei zwar „göttlich“, aber nicht Gott. „Macht den Katholiken nur ein gutes Angebot, dann werden sie schon kommen“, heißt eines ihrer Schlagworte. Viele Protestanten glauben an eine durch soziologische Bedingungen erzeugte höhere Synthese, die trotz Bischöfen und Liturgie, die sie gern einführen wollen, eben immer noch protestantisch ist und deren Inhalt der „American Way of Life“ bildet. Pater Weigel schließt deshalb die Analyse dieser Aufweichungs- und Vermischungstendenz im Bewußtsein des Durchschnittsamerikaners mit der Forderung: „Wir Katholiken sind für die Freundschaft mit den Protestanten, jedoch nur unter der Bedingung, daß ein Prinzip anerkannt wird: Die Freundschaft muß bestehen trotz der religiösen Unterschiede. Sie ist kein Mittel, das Anderssein der Katholiken aufzulösen!“

Gesellschaftsordnung ohne Synkretismus

Wie nun das Zusammenleben strukturell in der pluralisierten Gesellschaft versucht werden müsse, ohne diesen Auflösungstendenzen gerade auf religiösem Gebiet nach-

zugeben, umriß John Courtney Murray SJ in einem Vortrag, „Religious Pluralism and Civic Unity“, den er in einer breit angelegten Diskussion zwischen Katholiken, Protestanten, Juden und humanitären Laizisten über „Religion und Freiheit“ hielt. Er versuchte dabei den Gegebenheiten des gesellschaftlichen Zustandes mit folgendem thesenhaften Argument gerecht zu werden: Jede Gesellschaft lebt mehr oder weniger am Rande des Abgrundes zum Chaos. Sie wird immer nur von einigen wenigen Männern, die die authentischen Spielregeln des staatsbürgerlichen Zusammenhaltes beherrschen und durchzusetzen verstehen, gegen die permanent drohenden Kräfte der Barbarei abgeschirmt. Die primäre Lebensfrage für die pluralistische amerikanische Gesellschaft besteht darin, ob solche Männer vorhanden sind, die in intellektueller Selbstdisziplin die Probleme miteinander auszudiskutieren fähig sind. Erst durch diesen Dialog wird die in jedem Fall vorhandene Vergemeinschaftung der Individuen zur wirklichen politischen Gesellschaft. Denn eine Gesellschaft hat nur dann einen des Menschen würdigen Inhalt, wenn sie eine rationale Durchgliederung aufweist, die durch den verbindlichen Dialog geschaffen wird. Rational ist hier als Gegenbegriff gegen all das gesetzt, was Kollektivleidenschaften erzeugen kann, die Vernunft und Gerechtigkeit zerfetzen. Dieser Dialog der Vernünftigen muß sich für die amerikanische Gesellschaft hauptsächlich in drei Sachgebieten abspielen. Sie sind:

1. Der staatliche Bereich, wo eben die Entscheidung und Aktion der staatlichen Gewalt notwendig sind.
2. Der Bereich des Gemeinwohls, der in letzter Entscheidung außerhalb des Einflußbereichs der Regierungsgewalt liegt (Bewertung des menschlichen Lebens, Erziehung usw.).
3. Der „gesellschaftliche Konsensus“, d. h. ein Grundstock gemeinsamer Auffassungen aller Staatsbürger, der die Prinzipien des gesellschaftlichen Handelns enthält und den Staatsbürgern durch rationelle Überlegung selbst klarwerden muß.

Gelingt der vernünftige Dialog in diesen drei Sachbereichen nicht, so lauert die Barbarei vor den Toren. Sie versucht mit allen Mitteln schon heute, die Vernunft auszuschalten und alle geistigen und moralischen Werte zu einer Frage des Erfolgs und des individuellen Gefühls zu stempeln. Barbarei entsteht also ganz konsequent aus komplettem Relativismus. Denn dadurch steht der Dialog in Gefahr, seinen gesellschaftserhaltenden Charakter zu verlieren und sich in einem Zusammenprall blinder Leidenschaften zu verwandeln.

Staatsbürgerliche Einheit erfordert aber, daß das gesellschaftliche Leben vom Geist und von der Überlegung gelenkt wird, und sich in der *Einheit eines geordneten Denkens* und nach allseits anerkannten Spielregeln vollzieht. Diese Einheit des geordneten Denkens müßte den „gesellschaftlichen Konsensus“ finden. Und genau hier beginnt die Schwierigkeit der amerikanischen pluralistischen Gesellschaft. „Wir haben kein gemeinsames Denken. Wir verbinden jeweils andere Begriffe mit den Worten: Wahrheit, Freiheit, Ordnung, Gesetz, Macht, Moral, Gott . . . Wir haben zwar alle gemeinsam an einer Geschichte teil, die wir amerikanisch nennen. Aber wir haben keine gemeinsame religiöse und geistige Geschichte. Die sich daraus ergebenden Unterschiede prägen das eigentliche Denken und Tun der Amerikaner und erscheinen oft unüberbrückbar.“

Doch heben sich als tieferliegende und wirksame Integrationsmomente in der Begriffsverwirrung die vier großen Gruppen gemeinsamen Denkens und Fühlens, die Katholiken, Protestanten, Juden und humanitären Laizisten, deutlich ab. Sie zusammen bilden die Integrationsfaktoren der staatlichen Gesellschaft der USA. Sie müssen die Vorurteile, die Schrecken und den Alpdruck der Vergangenheit vergessen.

Sie müssen trotz aller Schwierigkeiten den harten, ehrlichen, klärenden und allein gesellschaftserhaltenden Dialog suchen. „Die Lage heute ist kritisch. Ein heimtückischer Kampf ist ein Luxus, den wir uns nicht länger leisten können. Ernsthafte Probleme bedrängen uns, Probleme des Staates, des Gemeinwohls und des gesellschaftlichen Konsensus. Vielleicht ist die Zeit gekommen, um der Welt das Bild einer Gesellschaftsordnung zu bieten, in welcher Männer im intellektuell redlichen Dialog, ohne Wesentliches aufzugeben, zusammenarbeiten.“

Pater Murrays Elitebegriff, seine Bewertung der Funktion des Dialogs und seine Vorstellung von der Geschlossenheit der vier Gruppen der amerikanischen Gesellschaft ermöglichen, ein Modell für das Funktionieren der pluralistischen Gesellschaft zu konzipieren, in dem die katholische Kirche in ihrer Einheit und Geschlossenheit des Denkens abgesichert ist und gleichzeitig als wertvolle gesellschaftliche Ordnungsmacht erscheint. Jeder Synkretismus wird dadurch abgelehnt und die Zusammenarbeit doch ermöglicht.

Die Stellungnahme des Episkopates

Die in vielen Variationen und Nuancen wiederholten Grundthesen Pater Murrays fanden, trotz vieler heftiger Angriffe, auch in nichtkatholischen Intellektuellenkreisen ein positives Echo. Sie sicherten damit den Episkopat in gewisser Weise ab, so daß er, ohne auf allzu große Kritik zu stoßen, in aller Klarheit gegen die immer weiter um sich greifende Begriffsverwirrung breiter katholischer Volksschichten in einem gemeinsamen Hirten Schreiben der Bischofskonferenz unter dem Titel „Der Lehrauftrag der Katholischen Kirche“ (16. 11. 1958) Stellung nehmen konnte.

Der derzeitige Tatbestand der amerikanischen Gesellschaft wird mit folgenden Worten umrissen: „Wir leben in einer geteilten und zerrissenen Welt, einer Welt, die sich durch widersprechende Stimmen und kriegerische Philosophien zerstreitet. Der Materialismus und Laizismus haben in das offizielle und volkstümliche Denken der Menschen und Nationen tiefe Spuren eingegraben. Die Grundlehre dieser Ideologien besteht darin, daß der Mensch sich nur mit dem Hier und Jetzt, mit Politik und Wirtschaft auseinanderzusetzen hat. Theoretisch und praktisch schließt man alles, was auf den Geist Bezug hat, aus oder verweist es in den Bereich der reinen Phantasie. Diese Ideologien haben sich gleichzeitig des demokratischen Prinzips des allgemeinen Wahlrechts bemächtigt und seinen Sinn in eine Verneinung aller Rechte verdreht, die nicht von einer Mehrheitsmeinung ableitbar sind oder den ausschließlich gesellschaftlichen und politischen Gegebenheiten unserer derzeitigen Lage entsprechen. Doch ist weder die geistige Natur des Menschen, sein übernatürlicher Ursprung und seine Berufung zur Unsterblichkeit beseitigt, wenn man sie mit Schweigen übergeht, noch ist die Tatsache der Erlösung des Menschen durch das Blut Christi aus der Welt zu schaffen, wenn man sie leugnet.“

Mit unmißverständlichen Worten wird sodann der Lehranspruch der Kirche gegen diese herrschenden Zeitendenzen erklärt:

„Die Kirche muß den Anspruch erheben, daß sie die Menschen und die Völker zu lehren hat; denn sie hat diesen göttlichen Auftrag von Jesus Christus. Deshalb kann sie es nicht zulassen, daß irgendeine Macht auf Erden ihr dieses Recht auf Lehre raubt. Es gehört zu ihrer Natur als unabhängige Gesellschaft, über deren Konstitution auch der Staat nicht zu befinden hat. Würde man der Kirche Lehrverbot auferlegen, so würde man sie einer ihrer Grundfunktionen berauben. Sie wäre dadurch wie in den Ländern unter dem kommunistischen Totalitarismus zu einer zwielichtigen Existenz und, nach menschlichem Ermessen, zu schrittweisem Absterben verurteilt. Das Recht der Kirche zu existieren schließt ihre volle Lehrkompetenz ein.“

Nach der Feststellung, daß die Lehrfreiheit von den modernen Laizisten in den Vereinigten Staaten grundsätzlich und heftig angegriffen wird, stellte die Bischofskonferenz noch drei Punkte heraus, die in der säkularisierten Gesellschaft besonders gefährdet sind, der Lehrautorität der Kirche entwunden zu werden: „Es wird bestritten, daß die Kirche das Recht habe, ihren eigenen Begriff von der Heiligkeit und Unauflöslichkeit der Ehe in einer Gesellschaft zu verkünden, die die Ehescheidung legalisiert und zur normalen Lösung jeder Art von Eheproblemen gemacht hat. Ferner setzt immer eine heftige Opposition ein, wenn die Kirche ihre Auffassung von Geburtenbeschränkung vorträgt. Auch wird der Kirche das Recht bestritten, geeignete Maßnahmen zum Schutze des Glaubens katholischer Kinder in einer gemischten Gesellschaft zu ergreifen, in der wohlbegründete Prinzipien in Mißkredit gebracht werden. Der Standpunkt über die moralische Notwendigkeit christlicher Erziehung wird als Spalterei angeprangert oder, klarer ausgedrückt, als Gegensatz zu den Interessen eines Staatsmonopolismus.“ Zusammenfassend schließen die Bischöfe mit einer klaren Bestimmung der Autorität, Geschlossenheit und des Eigencharakters der katholischen Kirche innerhalb der amerikanischen Gesellschaft: „Die Kirche muß ihr Recht ausüben, die Menschen ihre Pflichten zu lehren. Nicht nur in Glaubensfragen hat sie das Recht und die Macht, die Wahrheit zu lehren und sie vom Irrtum zu unterscheiden, sondern auch auf moralischen Gebiet muß sie sagen, was Tugend ist und was diese von der Sünde unterscheidet. Was manchmal mißverstanden wird, besteht darin, daß die Kirche selbst keine ‚debattierende Gesellschaft‘, sondern eine göttlich gegründet Gemeinschaft mit einem festen Lehrgebäude ist, die einen positiven Weg zum Heil aufweist.“

Kirchliche Kinderhilfe in Mexiko

Die vielfach unter kirchlicher Initiative entstandenen „Kinderdörfer“ sind keine ausschließlich europäische Sache. Aus den USA wurde in der Presse schon viel über das erfolgreiche Wirken solcher Institutionen berichtet. Weniger bekannt ist, daß in Mexiko ein Dachverband kirchlicher Jugendpflege unter dem Titel „Kinder von Mexiko“ in den drei Jahren seines Bestehens schon eine erstaunliche Aktivität entfaltet hat. Initiator und Ehrenpräsident ist Roberto Cuéllar SJ, der in Guadalajara 1956 das erste lateinamerikanische Kinderdorf gegründet hat (Anschrift: Apartado 1154). Seitdem sind in verschiedenen Orten

Mexikos 14 Anstalten mit insgesamt 63 Gebäuden hinzugekommen, in denen mehrere Tausend Jugendliche von 300 Geistlichen und Laien betreut werden. 20 Werkstätten sorgen für die berufliche Heranbildung; dazu kommen drei Zeitschriften und ein kleiner Rundfunksender. Zwei Filme haben die Idee im Land bekanntgemacht. Alle Anstalten nehmen die bedürftigsten Kinder ohne Entgelt auf und erhalten vom Staat auch keine Subventionen. Auf Anregung Papst Pius' XII. hat der mexikanische Zusammenschluß bereits mit der „Boys' Town“ in Nebraska und drei ähnlichen Gründungen in Venezuela und auf Kuba Verbindung aufgenommen.

„Niños de México“ ist aus jener tragischen Wirklichkeit geboren worden, in der Tausende von mexikanischen Kindern leben: wirtschaftlich und sittlich verlassen. Die Gründe für diese Verlassenheit sind „die Zerrüttung der Familie, die ungerechte Verteilung der Reichtümer und die Mißachtung der geistigen Werte“, heißt es in der Zeitschrift „Latinoamérica“ (Mexico-City, Oktober 1958), die über die Probleme Lateinamerikas sehr aufgeschlossen zu berichten pflegt. Aus dem Kinderdorf von Pater Cuéllar sind bereits acht Priester hervorgewachsen, und weitere Jungen befinden sich in der Seminarausbildung.

Aus dem Nahen Osten

Der Schulstreit in Ägypten Nach fast zweijähriger Pause ist der Schulstreit in Ägypten wieder zum Ausbruch gekommen (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 406, 507). Am Sonntag, dem 25. 1. 1959, ließ die ägyptische Regierung völlig überraschend drei Jesuitenkollegs schließen. Drei Tage später wurden die Schulen wieder freigegeben, jedoch einem von der Regierung bestellten Direktor unterstellt.

Am 26. 1. 1959 gab ein Sprecher des Ministeriums für nationale Erziehung die Gründe für die Schließung der Schulen bekannt: die Erziehungsmethoden der Jesuiten seien mit den nationalen Gefühlen der Araber unvereinbar gewesen. Beanstandet wurden die in den Schulen verwendeten Lehrbücher, in denen angeblich Israel verherrlicht und die „Liebe zu Frankreich propagiert“ würde. Aus den gleichen Lehrbüchern, so sagte der Sprecher, würden ägyptische Schulkinder erfahren, daß Afrika ein Erdteil unter europäischer Vorherrschaft sei und daß die Französische Union Algerien, Marokko, die Sahara und einen Teil des Sudans umfasse. Bei dieser Gelegenheit wurde auch bekanntgegeben, daß Fahmi Naguib, Direktor der französischen Schulen in Zeitun, zum Direktor der Jesuitenschulen bestellt wurde.

In einer Denkschrift, die der Apostolische Internuntius Msgr. Silvio Oddi dem ägyptischen Außenministerium überreichen ließ, wurde hervorgehoben, daß mit der Verwendung der inkriminierten Lehrbücher keinerlei böse Absicht seitens des Lehrkörpers der Jesuitenschulen verbunden gewesen wäre. Sollten sich diese einer Übertretung der ägyptischen Schulgesetze schuldig gemacht haben, dann sei dies völlig unabsichtlich geschehen. Die betreffenden Lehrbücher würden auch nicht weiterverwendet werden.

In der Tat seien diese Bücher, so erläuterte der Internuntius, seit über vier Jahren in Gebrauch, ohne daß sie von den Inspektoren des Ministeriums für nationale Erziehung beanstandet wurden. Die gleichen Lehrbücher hätten auch

im französischen Lyzeum in Alexandrien Verwendung gefunden. Dieses Lyzeum sei seit vier Jahren der Kontrolle des Ministeriums für nationale Erziehung unterstellt (La Croix, 29. 1. 1959).

In der ägyptischen Zeitung „Al Ahram“ wurde die Behauptung ausgesprochen, daß der Direktor der Jesuitenschulen, R. P. Pruvot, durch einen Disziplinarausschuß zur Verantwortung gezogen worden sei und daß seine Aufenthaltsgenehmigung für Ägypten wahrscheinlich nicht erneuert würde. Der Erziehungsminister selbst erklärte gegenüber der offiziellen Zeitung „Al Goumhourijah“, daß die Erziehungsweise der Jesuiten ein Zeugnis für ihren „Mangel an Dankbarkeit und Patriotismus“ sei. Sein Ministerium habe entsprechende Maßnahmen getroffen, damit die fremden Schulen in Ägypten einer dauernden staatlichen Kontrolle unterstellt würden.

Es ist in diesem Zusammenhang durchaus bezeichnend, daß es gerade die Jesuitenschulen waren, die die „Arabisierung“ des Lehrplanes mit größtem Eifer durchgeführt haben. Bedenkt man außerdem, daß die — wohl mit Recht — beanstandeten veralteten Lehrbücher dem Ministerium für nationale Erziehung seit langem bekannt sein mußten, dann kann man in der überraschenden Aktion der ägyptischen Regierung eigentlich nur eine Provokation erblicken mit dem Ziel, die christlichen Schulen in Ägypten zu diskreditieren, um so eine spätere generelle Übernahme bzw. Beschlagnahme zu erleichtern.

Andererseits muß man mit den besonderen politischen Verhältnissen im Orient rechnen. Es ist durchaus möglich, daß die Aktion von bestimmten politischen bzw. religiösen Kreisen, denen die Tätigkeit der christlichen Schulen in Ägypten unangenehm ist, forciert wurde (so muß man es als durchaus möglich ansehen, daß kommunistische Schülerzellen die eigentlichen Initiatoren sind). Auf jeden Fall hatte die reichlich dramatische Schließung der Schulen die Billigung der Regierung, und das dürfte in einem diktatorisch geführten Staat entscheidend sein.

Aus den Missionen

Daß die in den Missionen für die Kirche tätigen Laien in spiritueller, weltanschaulicher, wissenschaftlicher und praktisch-technischer Hinsicht eine gute Ausbildung erhalten. Missionsgebetsmeinung für April 1959

Die Umstände, unter denen die überseeische Weltmission der neuesten Zeit ausgeführt werden mußte, haben es mit sich gebracht, daß fast nirgendwo die Ausbreitung der Kirche von altchristlichen Gebieten zu nichtchristlichen Ländern in geographischer Kontinuität fortschreiten konnte. Dies hatte zur Folge, daß die Kirche nicht nur ohne jeden kulturellen Übergang aus dem Kulturraum der abendländischen Kirche in gänzlich anders geartete Kulturwelten überpflanzt werden mußte und sich dabei vor bis heute nicht bewältigte Probleme gestellt sah, sondern daß sie sich auch nirgendwo als gesellschaftliche Ganzheit unter Teilnahme aller ihrer Glieder in die für den Glauben zu erschließenden Länder gleichsam infiltrieren konnte. An den für lange Zeit sehr gefährvollen „heiligen Expeditionen“, wie jene Missionsaussendungen bezeichnenderweise in der Amtssprache der Kirche genannt wurden, beteiligten sich als „Glaubensboten“ praktisch nur Priester und Ordensleute, und hier wiederum beträchtliche Zeit hindurch nur männliche Ordensleute. Die überwältigende Mehrheit des Kirchenvolkes konnte nicht direkt an der

Missionsarbeit mitwirken. Zwar sind selbstverständlich hier und da auch einzelne nicht-Orden angehörige „Welt“-Laien mit den Missionaren ausgezogen, aber selbst noch vor einem Jahrzehnt war die Zahl der im Missionsdienst stehenden europäischen und amerikanischen Laien verschwindend gering. Erst die laienmissionarische Bewegung der jüngsten Zeit, die sowohl Ausdruck des neuerwachten Bewußtseins der apostolischen Sendung des Laienvolkes war als auch wachsenden Bedürfnissen der reifenden jungen Kirchen entsprach, führte zu einer Organisation des Einsatzes westlicher Laien für die Missionen, wenn man von der missionsärztlichen Bewegung absieht, die schon seit 1922 (zuerst in Deutschland) organisierte Gestalt annahm.

Die Schlüsselstellung des Laienapostolats

Die Folgen dieser durch geographische und geschichtliche Bedingungen hervorgerufenen einseitigen „Klerikalisierung“ des Missionsdienstes machen sich heute sowohl bei der Entwicklung des Laienapostolats in den Missionen selbst als auch bei der Organisation der dringend benötigten Hilfe von Laienspezialisten zur Erfüllung dieser Aufgabe bemerkbar. Priester und Ordensleute können dort fast nirgends auf Laienkräfte der Heimat zurückgreifen, die in Jahren und Jahrzehnten an der einheimischen Kirche gebaut haben. In weiten Gebieten vermögen die Missionen christliches Familienleben erst vorzuleben, wenn die priesterlichen und Ordensmissionare unter den Neubekehrten in mühsamer Erziehungsarbeit dazu die Grundvoraussetzungen geschaffen haben. Die weiße Kolonialbevölkerung hätte vielerorts das Beispiel geben können, dessen man bedurfte. Aber ihr Lebenswandel war durchgehend keine Werbung für echtes Christentum, und für eine Spezialseelsorge in diesen Kreisen fehlten die Priester. Weil ferner bisher jede großräumige Organisation der laienmissionarischen Mitarbeit der altchristlichen Kirchen fehlte, muß man heute von Grund auf diesen ganzen Einsatz überdenken und durchplanen. Es sind dabei auch immer noch mancherorts Hemmungen gefühlsmäßiger Art bei jenen zu überwinden, die sich Missionsarbeit als die ausschließliche Domäne von Priestern und Ordensleuten vorstellen.

Obwohl auch die Protestanten durch die Bedingungen, unter denen sich eine Missionsarbeit in überseeischen Ländern zwangsläufig vollziehen mußte, mannigfach gehemmt wurden, haben sie doch das Problem der Laienbeteiligung am Missionswerk ungleich leichter gelöst als die Katholiken, da ja ihre Missionare, wenn man von jenen der episkopalen Kirchen absieht, trotz eventueller Ordination Laien sind. Deshalb ihr Gespür für Fragen des Laieneinsatzes, ihr Bestreben, die einheimischen Laien für die Festigung ihrer Missionen anzusetzen, ihre wirksame Organisation jeglicher Laienarbeit, ihre Überlegenheit auf dem Gebiete des höheren Unterrichts, ihre kluge Infiltrationstechnik im außerkirchlichen Raume, ihr Erfolg in der Bildung von Laieneliten und das rückhaltlose Vertrauen, das sie einheimischen Laien als Mitarbeitern an der Gesamtaufgabe schenkten. Es ist billig, bei Würdigung der protestantischen Leistungen zur Heranbildung einer Laienelite in den Missionen auf die größeren Mittel der evangelischen Missionen hinzuweisen. Aber hätten diese Mittel frei gemacht werden können, wenn nicht außer bei protestantischen Millionären der USA auch in weitesten Kreisen des evangelischen Kirchenvolkes ein so

reges Verständnis für die unersetzbare Aufgabe der Laien bei der Ausstrahlung des Christentums in die profanen Lebensräume entwickelt worden wäre? Es ist natürlich eine andere Frage, ob und inwieweit sich das protestantische Laienelement in den Missionen heute angesichts des Ansturms des Nationalismus, des Kommunismus und des liberalen Humanitarismus bewährt. Schmerzliche Erfahrungen blieben bei den Protestanten nicht aus. Aber die Katholiken haben keinen Anlaß, diese Mißerfolge nur der verwirrenden Vielgestaltigkeit und den inneren Schwächen des protestantischen Credo zuzuschreiben. Denn auch die festgefügte katholische Lehre hat es nicht verhindert, daß die katholische Kirche namentlich unter den zur Kirche gehörenden Studenten Asiens und Afrikas, die an westliche Universitäten gingen, schwere Verluste erlitt. Beide großen Bekenntnisse haben sich hier vorzuwerfen, daß sie es in der Vergangenheit unterließen, in Zusammenarbeit zwischen Mission und Heimat sich dieser Elite der jungen Nationen ausreichend und vor allem auch in psychologisch richtiger Weise anzunehmen.

Apostolische Laienelite

In den Missionen selbst hat die katholische Mission beträchtliche Anstrengungen zur Bildung von Laieneliten bei einzelnen großen Kulturvölkern Asiens gemacht. Erhebliche Teile des Missionsstabes bemühten sich, über die entsagungsvolle Arbeit in höheren Schulen die sog. horizontale Linie der Missionsarbeit durch die vertikale zu ergänzen, d. h. über die Gewinnung einer intellektuellen Elite von oben nach unten den ganzen Volkskörper christlich zu beeinflussen. Jahrzehntelange Arbeit hat aber hier in apostolischer Hinsicht nicht immer die ersehnten Erfolge gebracht, auch bei jenen Intellektuellen nicht, die vor der Gefährdung durch die unchristliche Umwelt westlicher Hochschulen bewahrt werden konnten. Die katholische intellektuelle Elite in den Missionsländern ist jedenfalls nur schwach profiliert, und man hat erst in letzter Zeit mit Hilfe der Pax Romana und anderer internationaler Bewegungen versucht, die intellektuelle Elite der verschiedenen Länder miteinander in Kontakt zu bringen und vor ihren Augen gesamtkirchliche Perspektiven des Apostolats zu entfalten. Im übrigen haben wir heute in Asien und Afrika nicht mehr die Zeit zu methodischen Versuchen, deren Erfolg erst in gemessener Zeit erwartet werden kann. Die jungen Missionskirchen in den selbständig werdenden Ländern sind unmittelbar vor die Existenzfrage gestellt. Es ist für diese Kirchen eine Lage eingetreten, die nur von jenen vorausgesehen werden konnte, die über ein großes Maß gestaltender Phantasie verfügten.

Vor allem verschiebt sich das Eliteproblem auch in die Breite. Konnte man im Jahre 1927 auf der 5. Missionswissenschaftlichen Woche zu Löwen die Elitefrage so ziemlich mit der Frage der intellektuellen Elite in einsetzen, so stehen wir heute, wo die demokratischen Institutionen und die Gesellschaftsformen der technischen Zivilisation die Missionsländer überziehen, wo den Einheimischen der Stimmzettel in die Hand gedrückt wird, vor der Aufgabe, schleunigst glaubenstreue, apostolische und bestens unterrichtete Laien heranzubilden, die in allen Berufszweigen und in allen Bereichen des gesellschaftlichen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Lebens christliche Grundsätze vertreten. Das dringendste Anliegen der Missionskirchen von heute ist, die vorhan-

denen christlichen Gemeinschaften apostolisch umzuformen, damit sie imstande sind, unter gänzlich neuen gesellschaftlichen Bedingungen als eine geschlossene Einheit von Priestern und Laien die religiöse Substanz zu schützen und gleichzeitig die Bildung der Lebensformen in den jungen Staaten christlich zu beeinflussen. Die „rein hierarchische“ Aktionslinie des Apostolats, angefangen vom Priestermissionar und seinen Katechisten bis zu den von Missionaren geleiteten Schulen und Caritaseinrichtungen, kann nur unter dieser Bedingung erfolgreich fortgeführt werden. Im Rahmen dieser Notwendigkeiten wird auch die in den Missionen bisher so gepflegte Einrichtung des Katechistenwesens einer tiefgreifenden Umwandlung unterzogen werden müssen. Die Missionsbischöfe stehen also vor der Aufgabe, das Apostolat auf breiter Front in moderner Form zu organisieren und mit entsprechendem innerem Leben zu erfüllen, damit eine wohlunterrichtete und technisch gut ausgerüstete Laienelite entsteht, die sowohl unter direkter Leitung der Mission im innerkirchlichen Bereich arbeitet als auch im außerkirchlichen Bereich aus eigenem Sendungsbewußtsein für christliche Lehre und christliches Leben sich einsetzt. Gleichzeitig muß alles getan werden, um die katholischen Studenten und Praktikanten, die in den westlichen Ländern Bildung suchen, nicht nur im Glauben zu erhalten, sondern auf die neugestaltete Apostolatsaufgabe in ihrer Heimat vorzubereiten. Schließlich muß nicht nur für den Aufbau eines zeitgemäßen Apostolats in den Missionen die Hilfe westlicher Priester- und Laienspezialisten vorübergehend in Anspruch genommen werden, sondern es muß auch Sorge getragen werden, daß der unheilvolle Einfluß religionsloser oder religiös gleichgültiger Laien des Westens die Bemühungen der Mission nicht lähmt oder zunichte macht. Soweit hier der Einflußbereich der Kirche in Frage kommt, ist demnach erforderlich, daß für die Weißenseelsorge in den Entwicklungsländern priesterliche und Laienhilfskräfte zur Verfügung gestellt werden, um das Kolonialmilieu religiös-sittlich zu sanieren, daß aber auch den katholischen Laien guten Willens, die als Facharbeiter, Techniker, Angehörige von Wirtschaftsdelegationen, Lehrkräfte und Sachberater der Regierungen in diese Gebiete gehen, eine entsprechende, wenn auch nur kurzfristige Ausbildung gegeben wird. Sonst wird im Endstadium der Kolonialperiode der Einfluß westlichen Unglaubens nicht gemildert, sondern potenziert. Die westlichen Kirchen müssen also eng mit den Missionskirchen zusammenarbeiten, wenn die Existenz der jungen Kirchen in den Entwicklungsländern gesichert werden soll. Von den Missionskirchen selbst aber wird eine Anstrengung gefordert, die an Schwierigkeiten weit über jenen des Apostolats im westlichen Krisenraum steht, selbst in altchristlichen Gebieten, die sich heute als „Missionsland“ zu fühlen geneigt sind. Denn in den Missionen gibt es keine christlichen Traditionen, keine einst vom Christentum geprägten gesellschaftlichen Einrichtungen und Ideen, die noch unvermerkt die apostolischen Erneuerungsbewegungen stützen. In den Missionsländern gilt es vielmehr, noch vor kurzem stark „paternalistisch“ geleitete Christengemeinden, in denen heidnischer Geist nicht nur nachwirkt, sondern noch sehr lebendig weiterwirkt und die meist nicht mehr als eine Minderheit darstellen, zu Instrumenten christlicher Expansion zu machen. Der einzelne Missionar und selbst das Zusammenwirken des ganzen hierarchischen Gefüges

werden die jungen Kirchen, die heute recht schnell den Diözesanstatus erhalten und damit in gewissem Sinne zur Eigenverantwortung für ihr Leben und Wachsen aufgerufen werden, nicht aus der Gefährdung retten, wenn das Laienelement sich nicht seiner Pflicht der Zeugnisgebung bewußt wird und als Ganzes in die Apostolatsarbeit eintritt. Es zu dieser Aufgabe reif zu machen, ist neben der Heranbildung einheimischer Priester die dringendste Aufgabe der Mission unserer Zeit.

Um nun nicht bei allgemeinen Darlegungen stehen zu bleiben, sollen einzelne Probleme des oben umrissenen Aufgabenkreises im folgenden konkret beleuchtet werden.

Die Bildung apostolischer Kader in Afrika

Ein Gutachten des Generalobern der Weißen Väter für das Verbindungszentrum der Internationalen Katholischen Organisationen vom 25. 7. 1958 zur Frage der Kaderbildung schlägt vor, zunächst eine Bestandsaufnahme der in Afrika bestehenden Einrichtungen dieser Art zu machen und sie nach Möglichkeit zu koordinieren. Wo gar nichts besteht, möge man eine Art Grundschule schaffen und dorthin jene schicken, die sich schon als aktive Persönlichkeiten in bestehenden Organisationen bewährt haben. Der Unterricht wäre durch spezialisierte Kräfte in Form von Studientagen zu geben. Die dort erworbenen Kenntnisse könnten dann durch praktische Übungen in den wichtigsten Tätigkeiten des modernen Apostolats ergänzt werden. Die Besten unter den Ausgebildeten wären zu höheren Kursen zu senden, die an großen Zentren unter Einrichtung spezialisierter Sektionen stattfinden. Das letzte Stadium sollte dann die Heranbildung afrikanischer Experten als Lehrer zunächst für die unteren, dann auch für die höheren Kurse sein. Diese Spezialisten würden ihre Ausbildung in Europa oder Amerika vollenden. Die Ausbildung müsse berücksichtigen, daß 80 Prozent der afrikanischen Bevölkerung zum Landvolk gehören und daß die Förderung der afrikanischen Frau, ihre Erziehung auf dem Gebiete der Familie und des sozialen Lebens, eine erstrangige Bedeutung habe, zumal die Evolution der Frau gegenüber jener des Mannes noch sehr im Rückstand sei. Der soziale Fortschritt in Afrika werde stärkstens gehemmt durch gewisse mit Aberglauben verbundene ertümliche Sitten, und die Frau hänge in Afrika stärker als der Mann an Brauchtum und Aberglauben.

Um die christliche Bildung der Frau in Afrika

Mit Fragen des Frauenapostolats in Afrika hatte sich schon eingehend die Afrika-Kommission der Weltunion katholischer Frauenorganisationen auf ihrer Sitzung zu Rom im September 1957 beschäftigt und auf die Notwendigkeit hingewiesen, alle katholischen Frauen des Erdteils, wenn möglich im Rahmen der bestehenden katholischen Organisationen, zum Sinn für ihre religiösen, sozialen und bürgerlichen Verantwortlichkeiten zu erziehen. In ländlichen und städtischen Gebieten sollten soziale Zentren geschaffen werden, um der Frau zu helfen, eine echte Hausfrau, eine bessere Erzieherin und eine Christin zu werden, die ihre bürgerlichen Pflichten ernst nimmt. Überaus fruchtbar waren dann zwei Großtagungen, die die Weltunion zusammen mit afrikanischen Frauen zu Lome in Westafrika (Juli 1958) und zu Lourenço Marques in Ostafrika abhielt. An den Referaten dieser Tagungen und an der Gestaltung der Aussprachekreise hat-

ten afrikanische Frauen hervorragenden Anteil. Es wurden behandelt: Probleme des Mädchens aus Dorf und Stadt, Allgemeinbildung und Berufsausbildung der Frau, Stellung der Frau in der überlieferten Clan-Ordnung, das christliche Bild der Frau, Eigenständigkeit der Familie, die Frau als Angestellte, die Frau im Leben der Pfarrei und im Vereinsleben, die Hausangestellte, Wohlfahrtsdienst, Sozialdienst, Gewerkschaftsfrage, Mädchenschutz usw. Man sieht aus dieser kurzen Aufstellung, welche Möglichkeiten sich hier der „Kaderbildung“ auf-tun.

Der katholische Universitätsstudent in Afrika

Von den zahlreichen Universitäten Afrikas sind nur zwei, das Lovanium im Kongo und die Universität Pius' XII. zu Roma im Basutoland, katholisch, die anderen weltlich. P. Patrick O'Connor, der Korrespondent des NCWC-News Service, machte Ende 1958 Besuchsreisen zu den meisten afrikanischen Universitäten. Die Zahl der protestantischen Universitätsstudenten ist nach ihm erheblich höher als die der katholischen, z. T. deshalb, weil die Protestanten den höheren Unterricht bisher mehr entwickelten. In den nächsten Jahren wird sich aber dank der Vermehrung katholischer höherer Schulen die Zahl der Katholiken heben. Zur Zeit besuchen etwa 15—30 Prozent Katholiken im britischen Teil Afrikas die weltlichen Universitäten, an denen sehr wenige katholische Dozenten zu finden sind, „wohl deshalb, weil relativ wenige Katholiken sich um diese Stellungen bewerben“ (NCWC-News Service, 5. 1. 1959). Am Universitätskolleg in Ghana sind unter 150 Dozenten, die weltanschaulich aufgeteilt sind in ehemalige protestantische Missionare, Agnostiker und Materialisten verschiedenster Art, nur 6 Katholiken. Unter den wenigen afrikanischen Studentinnen sind wiederum nur ganz wenige katholisch. Die Kommunisten sind überall an der Arbeit. Neue afrikanische Universitäten werden geplant.

Der Rektor der katholischen Universität zu Roma, P. R. Guilbeaut OMI, richtete am 3. Oktober 1958 eine Denkschrift über „Höhere Erziehung in Afrika“ an die Propagandakongregation, an die Päpstlichen Missionswerke „und an die ganze Kirche“, in der er an Hand eindrucksvoller Daten die Notwendigkeit darlegt, „inmitten einer aus Neugetauften bestehenden Christenheit bald eine erlesene Gruppe von Christen (*Fidei Donum*) zu bilden“. Starke ausländische Kräfte, die reich an Mitteln und Zukunftsmöglichkeiten sind, ringen um die afrikanische Intelligentsia. In den britischen Gebieten (außerhalb Südafrikas) bestehen fünf, demnächst schon sechs, in einigen Jahren acht staatliche Colleges, die die höhere Bildung in den britischen Gebieten südlich der Sahara monopolisieren. Für die fünf bis jetzt bestehenden Institute gab die britische Regierung in den letzten zehn Jahren über 30 Millionen Pfund Sterling aus. Es studieren dort 2764 Studenten. Der Nachdruck wird an diesen prächtig und hochmodern eingerichteten Hochschulen eher auf säkulare und liberale Erziehung als auf Verbreitung des Christentums gelegt. Diese Universitäten sollen „Missionare“ britischer Kultur und britischer politischer und gesellschaftlicher Denkart sein. „Keine dieser Institutionen will in Wahrheit ein christliches Bildungszentrum sein, keine ist es auch. Sie sind auf ‚akademische Integrität‘, wie sie es nennen, bedacht, beschäftigen sich mit der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Sendung des Menschen,

aber nicht mit seiner Seele.“ Jedes religiöse Thema ist aus den Vorlesungsverzeichnissen verbannt. Die Folge dieser Haltung ist, daß sehr wenige katholische afrikanische Studenten und Politiker Recht und Notwendigkeit einer katholischen Universität anerkennen. Die religiöse „Neutralität“ dieser Hochschulen hat es ermöglicht, daß die kommunistische Internationale Studentenunion praktisch ihren Weg zu allen afrikanischen Studentenverbindungen des britischen Bereiches fand. In einem Gebiet von 75 Millionen Einwohnern mit über 3,5 Millionen Katholiken ist unter solchen Umständen die Katholische Universität im Basutoland eine Lebensnotwendigkeit für die Kirche. Wo soll sonst eine katholische intellektuelle Elite herangebildet werden? Die Denkschrift gibt im letzten Teil eine ausführliche Darlegung der Notwendigkeit des Ausbaus dieser einzigen katholischen Universität in Britisch- und Südafrika. Die Anzahl der zur Zeit immatrikulierten Studenten beträgt erst 100. Für die Erlangung der akademischen Grade waren sie bis jetzt von der südafrikanischen Universität Kapstadt abhängig. Jedoch scheinen die rassenpolitischen Spannungen die Universität dazu zu zwingen, sich der Universität von London anzuschließen. Trotz dieser Anfangsschwierigkeiten soll diese katholische Hochschule im Laufe der nächsten 10 Jahre jährlich für wenigstens 500 Studenten Aufnahmemöglichkeiten bieten.

Noch keine katholische Elitenbildung in Korea

Um das Anliegen der Gebetsmeinung nicht nur an afrikanischen Gegebenheiten zu erläutern, greifen wir auch ein asiatisches Land, Korea, heraus, das heute sechs Staatsuniversitäten und neun freie Universitäten hat, darunter keine katholische. Der Aufbau einer katholischen Hochschule wird zur Zeit von deutschen und amerikanischen Jesuiten vorbereitet. Das Unternehmen steckt aber noch in den ersten Anfängen. Unter den koreanischen Studenten breitet sich der Protestantismus ziemlich rasch aus, und die Mehrheit der koreanischen Studenten ist schon protestantisch. In Nr. 1 (1959) der Zeitschrift „Die katholischen Missionen“ beschäftigt sich der Koreaner Hygin Ry (Paris) mit dem Intellektuellen-Apostolat in Korea und kommt zu dem Schluß: „Es dürfte schwierig sein, die geistige Führung im Lande anzustreben. Aber es ist unbedingt notwendig, daß unsere Katholiken gegenüber den modernen Irrtümern, die sich mehr und mehr ausbreiten, urteilsfähig werden, um die Wahrheit der katholischen Lehre rechtfertigen und verteidigen zu können. Das ist das schwerwiegendste Problem für die Zukunft der Kirche in Korea. Angesichts dieser Lage stellt sich die Frage: Was tun wir für die Heranbildung einer katholischen Elite, und was ist schon erreicht? In Korea selbst geschieht praktisch noch nichts, wenigstens soweit es sich um systematische Erfassung und Formung der katholischen Gebildeten handelt.“ — Zur Zeit studieren 2700 Koreaner im Ausland. Die Zahl der Katholiken unter ihnen ist gering. In USA, wo die überwältigende Mehrzahl der Koreaner studiert, sind die Katholiken überhaupt noch nicht kirchlich erfaßt. In Frankreich, Belgien und Deutschland sucht man sie zu bilden, damit sie in ihrem Volke ein fruchtbares Apostolat ausüben können.

Die apostolische Bildung der katholischen Übersee- studenten in der westlichen Welt

Damit sind wir bei einer der wichtigsten Hilfen angelangt, die in den altchristlichen Kirchen für die Bildung

einer katholischen Elite in den Missionsländern geleistet werden kann. Die Frage der Seelsorge für die katholischen Überseestudenten ist schon des öfteren in der Herder-Korrespondenz berührt worden. Im Rahmen dieser Übersicht sei deshalb nur auf einen Aufsatz hingewiesen, in dem Pater Harry Haas SAM die Situation zusammenfaßt (Scandale ou nouvel espoir?, Église Vivante, Löwen Nr. 5, 1958). Von 120 000 afrikanischen und asiatischen Studenten in Europa und Amerika lebt die Hälfte in Rußland und den kommunistisch regierten Ländern. Unter den im Westen studierenden 60 000 ist die Zahl der Katholiken relativ groß, aber es fehlt ihnen an geeigneten Seelsorgern. „Für die Mehrzahl existiert der direkte Kontakt mit der Kirche wahrscheinlich nicht, und viele verlieren ihren Glauben oder bewegen sich an der Peripherie der christlichen Gemeinschaft. Sehr gering ist die Zahl der katholischen afrikanischen und asiatischen Studenten, die aus ihrem Aufenthalt im Schoß der alten Christenheit vollen Gewinn ziehen, und zwar im Sinne einer wirklichen und vertieften Bildung für ihre Apostolatsaufgabe.“ H. Haas beschäftigt sich eingehend mit den Bemühungen, die man auf katholischer Seite machte, um seelsorgliche Versäumnisse aufzuholen, hält aber das bisher Geleistete für ungenügend. Die relativ kleine Zahl spezialisierter Priester, deren man bedarf, stehe noch immer nicht zur Verfügung, obwohl alle Welt heute von dem Problem spreche. Infolge mangelnder Koordinierung der wesentlichen Apostolatsfaktoren mache diese für die ganze Kirche wichtige und dringende Aktion nach wie vor den Eindruck eines Hobby, das einigen Priestern von der Art des P. Lebbe vorbehalten sei, oder eines Lieblingsthemas für alle möglichen Zirkel, Gruppen und Werke, die ohne Abstimmung aufeinander arbeiten. Man hat Haas vorgeworfen, er habe nicht alles erwähnt, was tatsächlich schon geschah, und das Geleistete nicht genügend gewürdigt. Auf jeden Fall ist diese schwierige Arbeit, in der Harry Haas viele Jahre lang als der Erfolgreichsten einer gestanden hat, mit gesteigerter Kraft weiterzuführen.

Die Hilfe der Laien-Missionsorganisationen

Einen sehr bemerkbaren Beitrag zur Bildung einer Laienelite in den Missionen leisten schon heute die Laien-Missionsorganisationen, die alle darauf bedacht sind, Kräfte hinauszusenden, die über irgendein berufliches Fachwissen verfügen und ihre apostolische Arbeit dann in dem betreffenden Lebenskreis ausüben. Diese Gemeinschaften sind wertvolle Helfer für die Bildung apostolischer Kader in den einzelnen Lebensberufen. Nicht alle verfügen freilich über so große Mitgliederzahlen wie „Ad Lucem“, der Gral und die Internationalen Katholischen Missionshelferinnen. Neuerdings zeigen zwei solcher Vereinigungen in den USA eine kräftige Entwicklung. Die eine nennt sich „Lay Mission Helpers Association“. Ihr Sitz ist Los Angeles. Sie hat schon 54 Personen ausgesandt, alles berufliche Fachkräfte (darunter auch Ehepaare), die sich verpflichten, für wenigstens 3 Jahre im Gehorsam gegen den Missionsbischof, zu dem sie gesandt werden, im Geiste des Laienapostolats zu arbeiten. Die andere Gesellschaft nennt sich „Association for International Development“, Sitz Paterson. Sie verpflichtet ihre Mitglieder, nach einer ungefähr einjährigen Spezialausbildung ihre Kräfte und Fähigkeiten im Geiste der Kirche zur Lösung der ökonomischen und sozialen Probleme der

Entwicklungsländer wenigstens für zwei Jahre einzusetzen. Der Unterricht wird in Abendklassen gegeben, während die Kandidaten in der Vorbereitungszeit ihren Unterhalt am Tage selbst verdienen. Die Unterkunft stellt die Gesellschaft gratis zur Verfügung. Schließlich sei noch auf das Centre International de Formation et de Recherche en vue du développement harmonisé (IRFED) zu Paris 1^{er} (262, Rue Saint-Honoré) aufmerksam gemacht, das vor einem Jahre gegründet wurde. Sein Leiter ist P. Lebret OP. In gediegenen Ausbildungskursen, die je nach der mitgebrachten Vorbildung bis zu 2 Jahren dauern, werden Entwicklungs-Spezialisten für alle in Frage kommenden Fachgebiete ausgebildet. Der Geist der Institution, die ihre Mitglieder für immer oder für wenigstens einige Jahre verpflichtet, ist katholisch. Es werden Kandidaten aus allen Nationen angenommen.

Religiöse Vorbereitung von Fachkräften der freien Wirtschaft

Aus vielen westlichen Ländern, vor allem aus Deutschland, gehen heute viele qualifizierte Kräfte der freien Wirtschaft in die Entwicklungs- (Missions-) Länder. Diese Kräfte, soweit sie katholisch sind, auf ihre apostolischen Möglichkeiten aufmerksam zu machen, ihnen die Probleme der Mission nahezubringen, ihren Kontakt mit der Mission zu sichern ist so dringend, daß davon in gewissen Gebieten Fortgang oder Rückgang des einheimischen Laienapostolats tief beeinflußt werden kann. In der Bundesrepublik ist man bemüht, in Zusammenarbeit mit den Protestanten, den Behörden und der Wirtschaft diesen Kräften Informationskurse zu geben, die um so lieber besucht werden, als sie auch gleichzeitig gediegene Kenntnisse von Land und Leuten vermitteln. Bei konfessionell gemischten Kursen kann die allgemeine Einführung gemeinsam sein, während die übrigen, spezifisch die Mission betreffenden Vorträge für Katholiken und Protestanten getrennt gegeben werden. Für die ganze Arbeit, über die Frau Dr. M. A. Lückner in „Christ unterwegs“ (Nr. 10, 1958) berichtete, ist katholischerseits beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken ein Sonderausschuß gebildet worden. Die gesamte Arbeit ist noch in den Anfängen. Ein erster Kurs wurde über Indien gegeben. Pakistan, die arabische Welt und Zentralafrika sollen folgen. Fernziel der Aktion ist die Schaffung einer Zentralstelle für Vermittlung hochqualifizierter katholischer Fachkräfte, die geeignet und willens sind, in den Einsatzgebieten ein Leben aus christlicher Haltung zu führen, das sich im wirtschaftlichen Tun bewährt.

Die Unruhen in Belgisch-Kongo Belgien ist immer stolz darauf gewesen, daß es in seiner afrikanischen Kolonie, dem riesigen Gebiet des belgischen Kongo, ruhig blieb, während das ganze übrige Afrika in Gärung geraten war. Es schrieb das seiner klugen Kolonialpolitik zu, die das Land zu wirtschaftlicher Blüte gebracht, die Missionsschulen gefördert und theoretisch keine Rassendiskriminierung gekannt hatte. Manches davon war illusorisch. Eine Rassendiskriminierung bestand faktisch doch: sie ergab sich von selber durch die soziale Schichtung. Obwohl die schwarze Bevölkerung Belgisch-Kongos zu 45 % durch die Schulen erfaßt wird, was für Afrika ein sehr hoher Prozentsatz ist, so vermittelten ihnen diese doch meist nur Elementarkenntnisse; eine

schwarze Elite wurde in Belgisch-Kongo weniger als in anderen afrikanischen Kolonialländern herangebildet. Infolgedessen gehörten die Einheimischen, zumal in den Städten, dem Proletariat an, und die Rassenschranke fiel mit der sozialen Schranke zusammen. Die wirtschaftliche Entwicklung des Landes konnte sich zudem nur günstig für die einheimische Bevölkerung auswirken, solange es keine Rückschläge gab. Heute hat allein die Stadt Leopoldville, die Hauptstadt des Landes, mit ihren rund 400 000 Einwohnern 50 000 Arbeitslose. Unter der Jugend im schulpflichtigen Alter konnten in Leopoldville 10 000 aus Platzmangel nicht in die Schulen aufgenommen werden. Diese bilden ein besonders unruhiges Element.

Als es am 4., 5. und 6. Januar in Leopoldville plötzlich zu Unruhen kam, geschah dies gänzlich unerwartet (wahrscheinlich auch unvorbereitet), wenn sich kluge Beobachter auch schon lange im klaren darüber waren, daß in der kongolesischen Bevölkerung starke Spannungen bestanden und die ausgeglichenen Verhältnisse sich geändert hatten. Das belgische Kolonialsystem fiel durchaus unter den Begriff des „Paternalismus“: es sorgte für das Volk, gab ihm aber keine Rechte. Die politischen Rechte der schwarzen Bevölkerung der belgischen Kolonie waren bis in die allerjüngste Zeit gleich Null und standen in schroffem Gegensatz zu den Rechten, die die Eingeborenen in den angrenzenden französischen und englischen Gebieten hatten, ganz zu schweigen von den unabhängig gewordenen Ländern Ghana und Guinea.

Die Unruhen brachen nach einer politischen Versammlung der nationalistischen kongolesischen Bewegung „Abako“ in einer der Negervorstädte Leopoldvilles aus; sie entluden sich zunächst als Auseinandersetzung zwischen verschiedenen einheimischen Gruppen bzw. Stämmen (denn da den Schwarzen bisher ein modernes politisches Leben verschlossen war, spielten sich ihre politischen und Machtauseinandersetzungen noch vorwiegend nach Stammeszugehörigkeit ab). Die Polizei schritt ein. Es gab schließlich im ganzen (nach den offiziellen Mitteilungen, die aber wahrscheinlich zu niedrig greifen) rund 40 Tote und einige Hundert Verletzte; Tote nur auf seiten der Eingeborenen, Verletzte auch bei den Weißen. Die Schlachten wurden hauptsächlich mit Steinen ausgefochten. Sie arteten bald in Plünderungen aus, die großen Sachschaden vor allem in einem Geschäftsviertel für die weiße Bevölkerung anrichteten.

Merkwürdigerweise richteten sich die Angriffe ganz besonders gegen Missionsniederlassungen und Missionschulen. Der belgische Minister für den Kongo und Ruandi-Urundi, M. van Hemelrijck, hat am 8. Januar vor dem schleunigst einberufenen belgischen Parlament einen Bericht über die durch den Aufruhr verursachten Schäden gegeben. Danach sind 7 staatliche Schulen, 7 Missionsschulen, 11 Missionen, 11 Sozialheime und 40 Geschäfte sowie Verwaltungsgebäude geplündert oder in Brand gesteckt worden. Es zeigte sich, daß religiöse Sekten an den Zwischenfällen teilgenommen haben. Minister van Hemelrijck erklärte das Zustandekommen dieser Ereignisse zum mindesten teilweise durch verfehlte Maßnahmen der vorigen, sozialistischen Regierung, die in ihrem antiklerikalen Affekt nicht gezögert hatte, die lange Zeit verbotene Sekte der „Kibangisten“ wieder zuzulassen, die einen leidenschaftlichen Haß gegen alles Fremde, insbesondere gegen die katholischen Missionen

und die Heilsarmee, hegt. Dieser Sekte gehören verschiedene führende Männer der Abako-Bewegung an.

Hirtenbrief des Apostolischen Vikars von Leopoldville

Am 10. Januar richtete der Apostolische Vikar von Leopoldville, Msgr. Scalais, einen Hirtenbrief an seine Gläubigen, in dem es hieß:

„... Was in diesen wenigen Stunden des Wahnsinns verloren worden ist, Menschenleben, materielle Güter, aber auch und vielleicht vor allem die moralische Haltung gegenseitigen Vertrauens, die sich immer gezeigt hatte und nun plötzlich in Frage gestellt ist, all das muß in unserm Herzen eine unsagbare Trauer, einen tiefen Schmerz hervorrufen, einen Schmerz, in dem alle Christen ohne Unterscheidung eins sein und die Grundlage einer Wiederversöhnung finden können. Im übrigen können wir uns nicht der Mutlosigkeit hingeben. Das begeisternde Werk, dem wir unser Leben geweiht haben, behält sein ganzes Recht. Die Tatsache einer Handvoll Aufwiegler ist kein Grund zur Entmutigung, noch weniger zum Verlassen unseres Postens. Wir werden das Werk weiterführen, dem so viele von uns ihr Leben geopfert haben: dieses Land zu Gott hinzuführen und ihm einen ehrenvollen Platz in der Reihe der Nationen zu geben.“

Die Erklärung König Baudouins und der Regierung

Vielleicht ist es das Merkwürdigste und Beunruhigendste an den Unruhen, die am 4. Januar in Belgisch-Kongo ausbrachen, daß sie am Vorabend eines Aufrufs König Baudouins von Belgien und einer Regierungserklärung der neuen christlich-sozialen Regierung Eyskens über den Kongo erfolgten, die bereits seit langem für den 13. Januar angesagt waren und von denen man weitgehende Reformvorschläge für die Kolonie und Schritte auf dem Weg zur Unabhängigkeit erwartete. Der König hatte im Jahre 1955 eine triumphale Reise durch Belgisch-Kongo gemacht und im Stadion von Leopoldville vor 100 000 Eingeborenen eine Ansprache im Lingala-Dialekt gehalten, in der er ihnen bereits von der absolut notwendigen Verbesserung der menschlichen Beziehungen zwischen der schwarzen und der weißen Bevölkerung gesprochen hatte. In der Tat erkannte der König in seinem Aufruf vom 13. Januar die Berechtigung des Unabhängigkeitsstrebens seiner schwarzen Untertanen an, wenn er auch zugleich die Bemühungen und Erfolge der 80 Jahre aries, in denen Belgien den Kongo als eine Kolonie verwaltet hat. Um geeignete neue Lösungen in die Wege zu leiten, kündigte der König für den Kongo eine starke Dezentralisierung zusammen mit einer raschen Erweiterung des Wahlrechts und die Überwindung jeglicher Rassendiskriminierung an. Die Regierungserklärung, die vor der Kammer und dem Senat verlesen wurde, versprach die Schaffung eines „Generalrats des Kongo“ an Stelle der bisherigen Regierungsvertretung; dieser Generalrat soll die erste Struktur eines künftigen Parlaments und ein „legislativer Rat“ Vorläufer eines Senats bilden. Auf diese beiden Körperschaften soll in gesetzlichem Rahmen fortschreitend die legislative und exekutive Gewalt des Landes übertragen werden. Gemeindevahlen nach allgemeinem Wahlrecht sind im Laufe des Jahres 1959 vorgesehen. Bisher waren Kommunalwahlen nur in den drei großen Städten des Landes, Leopoldville, Elisabethville und Katanga, mit siegreichem Ausgang für die Kongolesen abgehalten worden. Provinzialräte werden März 1960 gebildet.

Obwohl diese Maßnahmen, die eine langsame Überführung der Kolonie in einen selbständigen, vielleicht sogar unabhängigen Staat vorsehen, längst beschlossen waren, wirken sie nun, nach den Unruhen in Leopoldville, auf den einfachen schwarzen Bürger natürlich wie erzwungen und wie ein Nachgeben der Regierung vor rebellischen Aktionen.

Hintergründe

Es ist aber auch klar, daß diese Maßnahmen die gespannte Situation, die in den Unruhen von Leopoldville plötzlich aufgebrochen ist, noch nicht zu entspannen vermögen, viel weniger noch die beruhigenden Worte des Bischofs, die sich im rein persönlichen Bereich halten. Dazu sind zu viele und z. T. widerspruchsvolle Kräfte am Werk. Die Uneinigkeit in der belgischen Innenpolitik zwischen den drei großen Parteien Belgiens, der christlich-sozialen, die seit den Wahlen vom 1. Juni vergangenen Jahres wieder die sonderbare Koalition der beiden anderen, der liberalen und der sozialistischen, in der Regierung abgelöst hat, hat sich auf die Kolonie sehr ungünstig ausgewirkt, zumal der Schulstreit, über den wir häufig und ausführlich berichtet haben (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 200 f., 297 ff., 347 f., 493 f., 539 f.; 10. Jhg., S. 107 f.; 12. Jhg., S. 212; ds. Jhg., S. 179 f.; insbesondere aber zu den Auswirkungen in Belgisch-Kongo 11. Jhg., S. 263 ff.). Daß das Ansehen der Missionsschulen untergraben worden ist und keine neuen Missionsschulen gegründet werden konnten, wo sie nötig gewesen wären, hat sowohl der einheimischen Bevölkerung wie dem Ansehen des Christentums geschadet. Die Krone hat immer versucht, die schwierigen Probleme des Koloniallandes von den Verwicklungen der belgischen Innenpolitik frei zu halten, jedoch ohne viel Erfolg. Auch jetzt wieder hat die Entsendung einer Untersuchungskommission nach Leopoldville, die die Vorgänge vom 4., 5. und 6. Januar klären soll, Kompetenzstreitigkeiten zwischen den Parteien hervorgerufen, die mit der Sache selber nichts zu tun hatten. Dazu kommt, daß die belgischen Kommunisten, die im Parlament nur zwei Sitze haben und sich im Mutterland ziemlich still verhalten, in der Kolonie recht aktiv sind. Einer der Führer der kongolesischen Unabhängigkeitsbestrebungen, Bürgermeister einer der Vorstädte von Leopoldville, Arthur Pinzi, hat starke kommunistische Sympathien. Zur Zeit der Regierung Van Acker in Belgien wurden unter den Kongolesen auch sozialistische Gewerkschaften gegründet und der Versuch zur Gründung einer sozialistischen Partei gemacht. Im afrikanischen Mittelstand, der eben im Entstehen begriffen ist, gewinnen antiklerikal-liberale Anschauungen an Einfluß, und vor einigen Jahren wurde in Leopoldville auch die erste Freimaurerloge gegründet.

Das stärkste emotionale Element ist jedoch ein fanatischer Fremdenhaß, der sich in der Bewegung „Abako“ sammelt und sich auf die Lehren der religiösen Sekte des „Kibangismus“ stützt. Diese Sekte wurde vor rund 50 Jahren von Simon Kibangu gegründet. Er wurde um 1881 geboren und war der Sohn eines berühmten Zauberers und Medizinmannes; er selber wurde in einer protestantischen Mission erzogen und wirkte eine Zeitlang als protestantischer Katechet unter seinen Landsleuten. Später begann er, sich als Wanderprediger zu betätigen. Er galt als Prophet und zog als solcher die Bevölkerung von Leopoldville und Matadi an sich. Es scheint, daß er biblisch verbrämte Klassenkampfbegriffe

verkündete, zugleich aber auch das Verbrennen der alten Fetische, die Abschaffung der obszönen kultischen Tänze und die Abschaffung der Polygamie forderte. Bald steigerte er sich in die Rolle eines Messias der schwarzen Rasse hinein, umgab sich mit zwölf „Aposteln“ und nannte seine Residenz Nkamba „Jerusalem“. Um diese Zeit lauteten seine Parolen: keine Steuern an die belgische Verwaltung, kein Maisanbau (das war eine Art Hungerstreik), Verehrung der Gräber der Ahnen, um durch sie die Weißen vertreiben zu lassen. Seine Ideen verführten ihn zu Übergriffen auf katholische Missionsstationen, später auch zu Sabotageakten auf die Eisenbahn. 1921 wurde er verhaftet und zum Tode verurteilt, später zu lebenslänglicher Haft begnadigt. 1951 ist Kibangu im Gefängnis gestorben. (Es heißt, er habe sich vor seinem Tode zum Katholizismus bekehrt und katholisch taufen lassen.) Seine Sekte breitete sich während seiner Gefangenschaft und nach seinem Tode weiter aus, sie glauben an ihn als den „Gottewählten“, und seine Anhänger erfüllten sich mit messianischen Erwartungen und Haß auf die Fremden. Gegen Ende des zweiten Weltkriegs waren sie die Urheber verschiedener Aufstände, so daß die Bewegung verboten wurde. 1955 fand in Leopoldville eine große Versammlung statt, in der gegen dieses Verbot protestiert wurde; der Haß der Sekte richtete sich dabei besonders gegen die katholischen Missionen, die sie ihrerseits immer scharf verurteilt hatten. Die sozialistisch-liberale Regierung Van Acker ließ die Sekte 1957 wieder zu. Seit dieser gesetzlichen Anerkennung hat der „Kibangismus“ als politisch-religiöse Bewegung rasch einen großen Einfluß gewonnen. Ihr gehört auch der Führer der Abako-Bewegung, der 35jährige Joseph Kasavubu, an, der infolge der Unruhen in Leopoldville mitsamt seinem Stellvertreter Kanga vorläufig inhaftiert ist.

Anscheinend zum Spott haben die Anhänger Kibangus nach den Unruhen von Leopoldville ein an die Apostolische Delegatur gerichtetes Beileidstelegramm wegen der Schäden, die die Missionen erlitten haben, in den „Actualités Africaines“ vom 12. Januar veröffentlicht. Die Apostolische Delegatur hat sich daraufhin genötigt gesehen, eine Erklärung bekanntzugeben, in der es heißt:

„Das Sekretariat der Apostolischen Delegatur erachtet es als seine Pflicht, nochmals allen Katholiken zur Kenntnis zu bringen, daß keinerlei Beziehungen, nicht einmal solche reiner Höflichkeit, zwischen dem Vertreter des Papstes und dieser politisch-religiösen Sekte bestehen, vor der er die Katholiken unablässig warnt. Diese ist im Kongo der größte Feind Christi, seines weltweiten Evangeliums und seiner übernatürlichen Moral.“

Die Lage der Kirche

Belgisch-Kongo hat heute etwa 4,5 Millionen Katholiken (vor 50 Jahren waren es noch 20 000; wir haben schon einmal über die „Wachstumskrise“ der Kirche in diesem Teil Afrikas ausführlich berichtet, vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 547), mit dem belgischen Protektorat Ruanda-Urundi zusammen sind es 7 Millionen, dazu 2 Millionen Protestanten, neben ihnen nur 150 000 Mohammedaner, auf eine Gesamtbevölkerung von fast 18 Millionen Einwohnern. Dieses riesige Territorium war vor 70 Jahren noch in zwei Apostolische Vikariate aufgeteilt; heute sind es 35 Apostolische Vikariate und fünf Apostolische Präfekturen. Es gibt jedoch bis heute erst

einen kongolesischen Bischof, Msgr. Kimbondo, Weihbischof im Apostolischen Vikariat Kisanti, den Pius XII. im Jahr 1956 ernannt hat. 1957 umfaßte der Klerus dieses Territoriums 461 einheimische Priester, davon nur sechs in der Pfarrseelsorge der Hauptstadt, und 2600 Missionare, zum größten Teil Belgier. Mit ihnen zusammen arbeiteten 473 afrikanische Brüder und 1074 Schwestern, neben 880 weißen Brüdern und 2890 weißen Schwestern. Eine statistische Arbeit von J.-M. Lory gibt für 1957 folgende Zahlen für das katholische Unterrichtswesen an: 20 000 Elementarschulen mit 992 000 Knaben und 389 000 Mädchen; 66 Mittelschulen mit 6500 Schülern; 195 Berufsschulen mit 12 000 Schülern; 130 Haushaltsschulen mit 8000 jungen Mädchen; 7 Landwirtschaftsschulen mit 537 Schülern; 137 Lehrerseminare mit 12 400 Schülern. Die Berufsschulen sind in einem starken Aufschwung begriffen. Die Katholiken besitzen heute schon (nach Fides) 128 (von 174) Handwerksschulen; von 102 medizinischen Schulen mit 2246 Schülern und Schülerinnen gehören 27 mit 139 Studenten dem katholischen Unterrichtswesen an. Von den 30 Landwirtschaftsschulen unterstehen 17 dem katholischen Schulwesen. Schließlich besitzt Belgisch-Kongo die erste katholische Universität für Einheimische mit vollgültigen Studien, nämlich die Universität Lovanium in Leopoldville.

Trotzdem waren bei den Unruhen in Leopoldville die katholischen Missionsschulen das bevorzugte Ziel. 20 Priester und 47 Schwestern haben ihre gesamte Habe verloren. Fünf größere Schulen mit zusammen 11 917 Schülern, Knaben und Mädchen, mußten geschlossen werden. Was bedeutet den Kongolesen die christliche Mission? Was wissen sie von Christus? Was haben sie vom Christentum begriffen? Das sind die großen Fragen der Kirche im ganzen afrikanischen Erdteil.

Ökumenische Nachrichten

Außerordentliche Synode von Berlin-Brandenburg Vom 19.—23. Januar 1959 führte die Evangelische Kirche von Berlin-Brandenburg im Ostsektor von Berlin eine außerordentliche Synode durch, die von den üblichen Versuchen der SED begleitet war, einen Druck auf die Synodalen auszuüben, diesmal mit dem Ziel, sich zugunsten der sowjetischen Berlinvorschläge auszusprechen. Das Thema der Synode war aber ein rein kirchliches, nämlich die Beratung einer neuen Gottesdienstordnung, die von den übrigen Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union (EKU) bereits angenommen wurde, und eine Neuregelung der Konfirmation. Von der politischen Atmosphäre blieb nur eine Vertrauenskundgebung für Bischof Dibelius, der wieder den bekannten Angriffen der SED-Presse ausgesetzt war, weil er in seiner Predigt in der Marienkirche die sowjetische Offensive gegen West-Berlin verurteilt hatte.

Um die deutsche Messe

Was das erste Thema der Synode betrifft, die Gottesdienstordnung, so wurde sie nach heftiger Kritik durch Bischof Dibelius schließlich doch mit 152 gegen 10 Stimmen bei 16 Enthaltungen angenommen und der außerordentlichen Synode der EKU zugeleitet, die sie auf ihrer Tagung vom 8.—13. Februar 1959 verabschieden konnte.

In der Aussprache setzten sich Männer wie die Generalsuperintendenten Jacob, Cottbus, und Braun, Potsdam, die teilweise der Michaelsbruderschaft nahestehen, für den stark liturgischen Charakter der neuen Agende ein, während Bischof Dibelius sie den „Versuch einer Restauration“ nannte, der zwar dem Zuge der Zeit entspreche, aber in der evangelischen Kirche nicht Platz greifen sollte. Die katholische Messe könne niemals als Maßstab für den evangelischen Gottesdienst gelten, auch nicht in der Form der Deutschen Messe Luthers. Der Messe wohne das Volk andächtig bei, der Gottesdienst sei aber aus der Gemeinde heraus geboren. „Die Bevormundung der Gemeinde durch studierte Theologen und Kirchenmusiker darf nicht unbegrenzt weitergehen.“ Der Bischof erinnerte an die Zeit des Kirchenkampfes. Damals habe sich eine liturgische Reform vollzogen, als die Gemeinde anfing, das Glaubensbekenntnis und Vaterunser im Gottesdienst mitzusprechen. Es sei ein Rückschritt, daß dies der jetzige Entwurf nicht mehr vorsehe.

Die neue Konfirmationspraxis

Vordringlich war wie in den anderen Landeskirchen, wie hier schon berichtet (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 188 und 238), die Neuordnung der Konfirmation angesichts der immer mehr um sich greifenden Beteiligung Jugendlicher an der „Jugendweihe“ der SED. In der Entschließung der Synode wurde für 1959 folgende Regelung getroffen:

1. „Die durch die Taufe geforderte Unterweisung wird durch ein abschließendes Gespräch mit allen Kindern — auch denen, die zur Jugendweihe gehen wollen — beendet. Vor Eltern, Ältesten und kirchlichen Mitarbeitern sollen die Kinder zeigen, daß sie über Leben und Lehre der Kirche Bescheid wissen. Dieses Gespräch findet nicht (wie früher) in einem Gottesdienst statt.“ Es ist auch, wie die weiteren Bestimmungen erkennen lassen, nicht mehr wie früher mit einer anschließenden Feier des hl. Abendmahls verbunden.

2. „Diejenigen Konfirmanden, die zum Abendmahl zugelassen werden, sollen zu einer besonderen Zurüstung für Beichte und Abendmahl eingeladen werden. Die Konfirmation wird nach der üblichen Ordnung gehalten.“ Von einem bestimmten Termin wie in den lutherischen Provisorien ist hier nicht die Rede, er kann anscheinend wie bisher an Ostern liegen.

3. „Kinder, die zur Jugendweihe gegangen sind oder aus anderen Gründen an der Konfirmation nicht teilgenommen haben, ruft die Kirche dazu auf, durch Teilnahme am kirchlichen Leben (Gottesdienst, Junge Gemeinde, Rüstzeiten) ihren Glauben im Sinne einer Bejahung ihres Taufstandes zu bekunden. Ist dies geschehen, so werden diese Jugendlichen nach einer entsprechenden Zurüstung in einem Gemeindegottesdienst in die Abendmahlsgemeinde aufgenommen. Unter Absage an andere Glaubensbindungen und gottloses Wesen bekennen sie sich zu dem Dreieinigen Gott in dem Bekenntnis der Gemeinde. Ihnen wird unter Fürbitte die Hand aufgelegt, dabei erbittet und erwartet die Gemeinde, daß Gott die Hörenden, Glaubenden und Bekennenden mit seinen Gaben für die Dienste in der Gemeinde ausstattet.“

Die Entschließung der Synode endet mit der Feststellung: „Die Gemeinde kann nicht von der Verpflichtung entbunden werden, ihren jungen Gliedern, die fremde Glaubensbindungen eingegangen sind, nachzugehen, und darf